1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 37 vom 13. September 1985 19. Jahrgang 1 DM

Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykott gegen Apartheid! Zentrale Demonstration 21.9. Bonn

70 Jahre Strauß

Nein: Keine Glückwünsche „über alle Differenzen hinweg", sicher nicht. Wenn auch manches richtig erscheint an den Würdigungen, die FJS dieser Tage zuteil werden. Nicht etwa die nahezu royalistisch anmutenden Geburtstagsfeierlichkeiten sind damit gemeint.

Aber: Wenn beispielsweise gesagt wurde, daß dieser Mann wie kein anderer für diese Bundesrepublik steht, dann ist da einiger Wahrheitsgehalt. Das gilt für viele Felder der Politik, am allermeisten jedoch bei zwei Dingen.

Zum einen ist er von allen prominenten Politikern der Bonner Szene (und zu denen gehört er auch in München) derjenie, der am meisten Gelder und Geschenke von all den Flick, Siemens und wie sie sonst noch heißen mögen, erhalten hat, und hat es trotzdem geschafft, sich weitgehend außen vor zu halten als bestätigter Rekordhalter aller Skandale.

Zum zweiten ist kaum einer so eng mit den Begriffen „Atom" und „Rüstung" verbunden wie Franz Josef Strauß. (Was verständlicherweise mit dem ersten zu tun hat).

Ob es sich um die AKW-Politik handelt, um Urangeschäfte mit Südafrika und sonstigen Diktaturen, um die Konzentration von Rüstungskonzernen in Bayern, alles das hat seine politische Laufbahn, mehr als die Hälfte seines Lebens in dieser BRD geprägt.

Dies sind auch die entscheidenden Gründe für die zahlreichen mehr als bezeichnenden Freundschaften, die dieser Mann über die Jahre hinweg gepflegt hat. Ob es griechische Obristen waren, der persische Schah, die Botha und Co. oder Pinochet — das ist der internationale Freundeskreis dieses Geburtstagskindes und zu denen steht er bis heute. Und seine Freunde im Inland haben oft genug nicht viel anders ausgesehen als diese

Haushalt 86 im Bundestag

Erpressung mit Arbeitslosigkeit

In der ersten Debatte des Bundestages über den Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt des nächsten Jahres stand die Auseinandersetzung um die Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Dabei bemühte sich die Bundesregierung, sich um jeden Preis gegen die Tatsachen zu stemmen: Die Wende habe auch am Arbeitsmarkt stattgefunden, so Kohl in seiner Rede.

Fast wie ein Ritual klang es, wenn alle Vertreter der Regierungsparteien diese Aussage immer und immer wieder wiederholten. Nicht einmal, daß sie sich dabei mit den vorliegenden offiziellen Zahlen befaßt hätten — offensichtlich haben sie die von ihnen geplante Beschönigung der Statistik für ihre Reden bereits durchexerziert.

Daß die Arbeitslosigkeit so sehr im Zentrum der Debatte stand, hatte zwei Gründe: Zum einen ist sie das drängendste Problem breiter Teile der Bevölkerung. Zum anderen gab es auch in diesem Haushalt, wie schon in der Debatte um den 85er Haushalt nicht jene großen einschneidenden Maßnahmen wie in den Jahren zuvor.

Hier gilt — unabhängig davon, daß eine genauere Auseinandersetzung mit den Plänen dieses Entwurfs not tut — was schon im letzten Jahr zu sagen war: Die früher getroffenen Maßnahmen sozialer Kürzungen und Systemveränderungen wirken einerseits so deutlich langfristig nach, daß sie zu entsprechenden Ausgabenkürzungen führen ohne daß neue Schritte unternommen werden müssen, andererseits hat es die Regierung auch dieses Jahr einigermaßen geschafft, die konkreten neuen antisozialen Maßnahmen, die sie traf oder treffen will, zeitlich von der Haushaltsdebatte zu trennen.

So wie die Vertreter der Regierung, so setzte auch Hans Jochen Vogel für die SPD als Hauptredner die Vorgehensweise der letzten Jahre fort. Er kritisierte die Regierung, weil sie die Arbeitslosigkeit ausnutze, um eine systematische Umverteilung von unten nach oben durchzuführen — was zutrifft. Er kritisierte dabei aber vor allem, daß die Regierung mit dieser Politik „Unruhe" schaffe, den sozialen Konsens aufkündige bzw. gefährde und pries so seine Partei wieder einmal als die an, die in der Lage sei, eben diesen sozialen Konsens zu garantieren. Wobei er wie stets die Tatsche verschwieg, daß dieser „soziale Konsens" in all den Jahren den Kapitalisten zugute gekommen war und für die Arbeiterschaft in den besten Jahren vielleicht ein paar Brosamen drin waren, wenn sie genug darum kämpfte.

Sicherlich: Mit den verschiedenen konkreten Aspekten dieses Haushalts 86 wird man sich, wie jedes Jahr künftig genauer zu beschäftigen haben. Als Resumee dieser Debatte bleibt, daß sowohl die Parteien der Regierungskoalition als auch die SPD keinerlei Kursveränderung signalisierten. Für Kohl, so gab er zu verstehen, war diese Debatte auch das Ende der CDU-internen Diskussion darüber, ob der Regierungspolitik nicht ein bißchen ein größeres soziales Mäntelchen verpaßt werden sollte.

Empörung in Bonn:

von Bülow: Landesverräter?

Wie Hysterie geschürt wird

Heftige Reaktionen am Wochenende und zu Beginn dieser Woche in Bonn. Die CDU/CSU witterte, wieder einmal, Landesverrat, profilierte rechte Sozialdemokraten wie der „Experte" Erwin Horn (in der Bildzeitung) aber auch Horst Ehmke gingen sofort auf — mehr oder minder große — Distanz. Anlaß: Ein Papier zur Sicherheitspolitik des Mitglieds der „Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD", Ex-Staatssekretär Andreas von Bülow.

von Bülow, der vor kurzem schon einmal in der „Deutschlandfrage" Gedanken geäußert hatte, die im Bonner Rummel für erhebliche Aufregung gesorgt hatten, ist Mitautor eines Papiers, das zur Vorbereitung eines „sicherheitspolitischen Leitantrags" für den nächsten SPD-Parteitag gedacht ist.

In diesem Papier von Bülows sind es vor allem zehn Punkte, die die große Hektik bei Konservativen und rechten Sozialdemokraten hervorriefen.

Es wird dort gesagt: Es gibt keine Überlegenheit eines Blockes, die derart ist, daß er der anderen Seite seinen Willen aufzwingen könne; die NATO müsse von der Doktrin eines schnellen Ersteinsatzes von Atomwaffen bei einem konventionellen Angriff abrücken; beide Seiten müßten eine Politik struktureller Nichtangriffsfähigkeit betreiben; für die Bundeswehr bedeutet dies ein „Weg vom Panzer" hin zur Panzerabwehr; die Trennung von Territorialheer und

Fortsetzung auf Seite 2

Nach dem „Trialog"

Mitgegangen, mitgefangen ...

Über wirkliche Ergebnisse aus dem Dreiergespräch zwischen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften wurde im Anschluß kaum gesprochen. In den Worten Helmut Kohls: „Die Hauptsache ist, daß das Treffen in dieser Form überhaupt stattgefunden hat." Was für seine Position auch stimmt.

Die Stellungnahmen der verschiedenen teilnehmenden Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften waren, wie zu erwarten war, ausgesprochen unterschiedlich. Während Hermann Rappe von der IG Chemie Papier Keramik unterstrich, daß seiner Meinung nach weitere Gespräche nützlich sein könnten, während Monika Wulf Mathies von der ÖTV betonte, sie sehe keine Grundlagen für weitere Gespräche.

Aber wie auch immer: Einziger Nutznießer dieses Treffens war und ist die Bundesregierung. Sie kann sich sowohl in die Pose der Dialogbereitschaft werfen als auch feststellen — mit mehr Erfolgsaussicht als vorher — daß etwa der gewerkschaftliche Aktionsherbst nur aus parteipolitischen Erwägungen im Dienste der SPD stattfinden werde.

Die teilweise geradezu verzweifelt anmutenden Bestrebungen beteiligter Gewerkschaftsführer ihre Teilnahme an diesem Gespräch herunterzuspielen ist wohl Ergebnis der Erkenntnisse, daß dieses Treffen ein taktischer Erfolg von Regierung und Unternehmerverbänden war.

Um so mehr wird es darauf ankommen, in der Aktionswoche sowohl deutlich zu machen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Konfrontation mit der Regierungspolitik steht, als auch, daß sie sich nicht vor den Karren der SPD spannen läßt. (Siehe dazu auch Kommentar auf Seite 4).

Neuer Streit um SDI?

Es mehren sich die Anzeichen, daß Vertreter der bundesdeutschen Konzerne Befürchtungen hegen, beim Run auf SDI zu kurz zu kommen, und daß deswegen Alternativen wieder mehr in die Debatte geworfen werden.

So war es ja schon deutlich geworden, daß die Delegation, die kürzlich unter der Leitung von Kanzleramts-Teltschik in die USA reiste, dies auf Initiative der Kapitalisten tat, die die Bedingungen möglichst genau ausgehandelt haben möchten. Das betrifft ganz offensichtlich auch größte westdeutsche Konzerne wie etwa Siemens, das ja erst kürzlich im Rüstungsgeschäft in Konkurrenz zu US-Konzernen zu kurz kam. Nicht anders kann auch das „Spiegel"-Gespräch, das Forschungsminister Riesenhuber in dieser Woche veröffentlichen ließ, gedeutet werden.

Wenn Riesenhuber sagt, er sehe keinen zivilen Nutzen bei dem Projekt SDI (ohne daß er sich natürlich gegen den militärischen Nutzen der ganzen Sache wenden würde) so widerspricht er zwar damit einer ganzen Reihe von CDU-Politikern, die eben dies landauf, landab preisen, direkt, es ist aber kaum zu erwarten, daß er damit eine neue Front im Kabinett eröffnen wollte.

So sind seine Aussagen eher als eine Bekräftigung einer gewissen kritischen Distanz einer Reihe von Konzernen zu verstehen. (Was nichts damit zu tun hat, daß bereits über 800 westdeutsche Firmen sich an SDI beteiligen möchten: Erstens ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen, es kann also noch Druck gemacht werden, und zweitens nehmen sie mit, was geht). Projekte wie etwa „Eureka" erscheinen da eher als die Möglichkeit einer führenden Rolle westdeutscher Konzerne zu eröffnen als SDI und werden eben deshalb in diesen Kreisen sorgsam gepflegt. Wobei nachdrücklich zu unterstreichen ist, daß vom Standpunkt des Friedens und der Arbeiterklasse keines von beiden Projekten positiv zu beurteilen ist. Was im schlimmsten Fall einen neuen Aufschwung der Kriegsforschung bedeutet, bedeutet im geringsten Fall erneute Milliardensubventionen für die Konzerne.

von Bülow: Landesverräter?

Fortsetzung von Seite 1

Feldheer müsse aufgehoben werden; eine künftige Wehrdienstverlängerung komme nicht in Frage, sondern es sei eher zu überlegen, ob der Wehrdienst nicht auf sieben oder acht Monate reduziert werden müsse; die Zahl der Reserveübungen müsse dann entsprechend erhöht werden; bei nuklearen Kurzstreckenraketen sei nur ein Mindestbestand zu erhalten; die Pershing II (und über Rüstungskontrollverhandlungen später auch die SS 20) sollen abgezogen werden; im Laufe der Zeit solle ein Defensivsystem ohne die Supermächte aufgezogen werden; dies führe dann dazu, daß nach der Jahrtausendwende amerikanische und sowjetische Truppen vollends abgezogen werden könnten.

Dies sind im Telegrammstil die wesentlichen Punkte, die in Bülows Papier enthalten sind und die in Bonn solche Aufregung verursachten. Bereits in der Haushaltsdebatte hatten CDUler auf diesen „Abgrund" hingewiesen. Übers Wochenende hinweg tobten die offiziellen und die selbsternannten „Verteidigungsexperten" der großen Bonner Regierungspartei, als ob sie am Rande des Herzinfarkts stünden, warfen der SPD insgesamt und von Bülow insbesondere Landesverrat und Agententum für die UdSSR und alles mögliche und andere Denkbare, was in Bonn als übelste Beschimpfung gilt vor.

Auch die SPD-Rechten beeilten sich, zu versichern, daß so etwas „nie" verabschiedet würde (Ehmke) oder daß, wer so etwas fordere wie den Abzug der US-Truppen, sowieso „verrückt" sei (Horn ausgerechnet in der „Bildzeitung") — da wurde die Angst um den Ruf der SPD bei der Bourgeoisie wieder einmal ganz groß geschrieben.

Nun soll man nicht über Dinge urteilen, die noch gar nicht wirklich bekannt sind. Das Bülowsche Papier kann man erst dann wirklich beurteilen, wenn es vorliegt. Was bisher bekannt ist, läßt tatsächlich eine Interpretationen offen. So kann die Stärkung der eigenen „Verteidigungskraft" ja auch hinter dem US-Abzug stecken. Obwohl es ganz ohne Zweifel so ist, daß beispielsweise eine Militärpolitik „Weg vom Panzer" in der Tat ein dicker Strich durch westdeutsche Militaristenrechnungen wäre.

Wie auch immer das Papier dann insgesamt zu beurteilen sein mag, es erfüllt zunächst eine doppelte Funktion. Einmal zeigt es deutlich, wie eng der ritualisierte Kanon der Pro-NATO-Politiker in Bonn ist, daß sie schon die kleinste Abweichung vom üblichen erheblich aufregt. Was, wie sich gezeigt hat, keineswegs nur für die heutigen Regierungsparteien gilt. Jeder, der es wagt, etwas anderes zu sagen, als daß alles Heil von der NATO komme, wird der Verdammnis ausgesetzt. Zum zweiten muß man erst mal für jeden, der die steinerne Front in Bonn in dieser Frage etwas bewegt, insofern dankbar sein, als dadurch offensichtlich erfahrungsgemäß einiges bewegt wird in der öffentlichen Debatte. Und schließlich kann man auch für eine deutlichere Fraktionierung der SPD in dieser zentralen Frage ihrer staatstragenden Politik sofern sie sich durch solche Debatten anbahnt nur dankbar sein.

Eine Politik, die die zentralen NATO-Doktrinen ebenso in Frage stellt wie die Anwesenheit von US-Truppen in Europa und die bundesdeutsche Panzerstrategie, die Wehrdienstzeitverkürzung anstrebt, die erscheint allemal als ein möglicher positiver Schritt. Man wird sehen, ob von so einem Papier nach der SPD-Kommissionsdiskussion überhaupt noch etwas übrig bleiben wird, und was es sein wird. Dies gilt trotz Ehmkes „nie" und Horns Ausfälle im Blatt seines Gesinnungsgenossen Springer.

Doch Veränderung in der Bergbaupolitik?

Bonn fordert „Selbstbeteiligung"

Am Dienstag, dem 10. September, (nach Redaktionsschluß) treffen sich Staatssekretäre der Bonner Ministerien für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit sowie Vertreter des Kanzleramtes und des Landes Nordrhein-Westfalen. Gegenstand der Debatte: Die Verlängerung des sogenannten Hüttenvertrages um 12 Jahre. Hintergrund: Pläne des Finanzministers Stoltenberg, die Bergbausubvention entscheidend zu kürzen.

Weiterer Hintergrund: Eine starke Woche später, am 18. September, beschäftigt sich die EG-Kommission voraussichtlich mit der künftigen Kohlepolitik der EG. Dabei steht ganz einfach eine weitere Reduzierung der Bergbaukapazitäten in Europa auf dem Programm und damit verbunden Veränderungen, sprich Kürzungen in den nationalen Kohlebeihilfen.

Der Hüttenvertrag ist ähnlich wie der Vertrag mit den Stromwerken, einer der Eckpfeiler bundesdeutscher Kohlepolitik und von daher einerseits eng im Zusammenhang mit kommenden EG-Entscheidungen und ein zentraler Punkt Bonner Subvention.

Die RAG hat angesichts dieser beiden Tagungen bereits mit der Abschaffung weiterer 12000 Arbeitsplätze gedroht.

Im Hüttenvertrag hat sich die Stahlindustrie verpflichtet, ihren Koksbedarf bei heimischen Bergbau zu Weltmarktpreisen (wesentlich niedriger als die einheimischen) zu decken. Die Differenz wird von Bonn (zu zwei Dritteln) und den Kohleländern NRW und Saarland gedeckt.

In die Verhandlungen ging nun das Bundesministerium mit der Absicht, eine starre Obergrenze für die Bundessubvention zu schaffen. Daraufhin drohte die Ruhrkohle AG den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Der angebahnte Bonner Kompromiß sieht nun offensichtlich eine verstärkte „Selbstbeteiligung" vor allem der RAG vor, die daraus wieder einmal sofort die Arbeitsplatzvernichtungskonsequenz zieht.

Seit dem Regierungsantritt Kohls haben die Konservativen immer wieder verschiedenen Pläne und Absichten verkündet, die Kohlepolitik gegenüber der Zeit der SPD/FDP-Regierung zu verändern. Geschehen ist in diesem Bereich bisher real recht wenig — nicht zuletzt Rücksicht gegenüber politischen Wirkungen bei den Bergarbeitern und der IGBE, die man sich als potentiellen Bündnispartner nicht verprellen wollte. Nun allmählich, mit Stoltenbergs Absichten, nimmt eine veränderte Politik, die ja auch nur Konsequenz der verstärkten AKW-Politik ist, Formen an.

Nun haben die bisherigen Milliardensubventionen ja nicht dazu beigetragen, daß die Arbeitsplatzvernichtung im Bergbau ein Ende gefunden hätte oder auch nur wesentlich abgebremst worden wäre. Daß aber auf der anderen Seite eine einschneidende Veränderung in der Bonner Kohlepolitik, eventuell auch im Rahmen einer EG-Änderung dazu führen würde, daß die Zechenkiller ihre Arbeit verstärken würden, erscheint als auf der Hand liegend.

Nachdem dieses Jahr bereits eine deutliche weitere Verdrängung von Kohle durch Kernkraft erbracht hat (siehe RM 33-34/85 „Die Zechenkiller weiterhin am Werk") was bereits zu neuen Schließungsplänen geführt hat (unter anderem für die letzte Dortmunder Zeche, aber auch am Niederrhein, ist nun eine weitere „Front" des Angriffs auf Zechenarbeitsplätze eröffnet.

Die Führung der IG Bergbau und Energie, die das Atomgeschäft immer mit aller Kraft unterstützt hat, hatte auf ihrem letzten Kongreß nochmals ausdrücklich den „englischen Weg" rundweg abgelehnt. Es erscheint andererseits immer deutlicher, daß der „deutsche Weg" des Adolf Schmidt zu schnellstmöglichem Verschwinden des Kohlebergbaus überhaupt verhilft.

Die Alternative wäre nur, dem was jetzt in Bonn und dann in Brüssel ausgekocht wird, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr eine Beilage bei.

Zweite Woche im „Prozeß"

Als die Höflichkeit verschwand . . .

Die ersten Prozeßtage vor dem Bonner Landgericht gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch hatten im Zeichen höflicher formaler Debatten gestanden, der sachliche ruhige Ton war absolut vorherrschend. Dies änderte sich eigentlich erst am vierten Tag.

Bis dahin war es um die Zuständigkeit des Gerichts gegangen, war die Unparteilichkeit der Laienrichter angezweifelt worden und weitere Revisionsgründe ausgeräumt.

Diese nichtssagende Atmosphäre wich, als es zur Verlesung der verschiedenen Teile des Anklagesatzes kam. Insbesondere als Staatsanwalt Pohl den Teil 2, gleich Komplex Steuerhinterziehung verliest.

Diesen Pohl, den mögen sie nicht. Das scheint auch so ein „Edeka"-Mann zu sein (= „Ende der Karriere"), der sich um die vielen leisen und lauten Winke der verschiedenen Rettungsmannschaften wenig bis gar nicht kümmert.

Über eine Stunde lang verliest er verbuchte Tatsachen: Zahlen, mit denen diese Akteure und elf beteiligte Großunternehmen zugunsten einer Bonner Interessenvertretung für die Konzerne die Steuerkasse betrogen haben. Da wird selbst der arrogante Wirtschaftsgraf zwischendurch blaß und ruhig und schaut betröppelt drein — daß ihm seine Machenschaften so genau nachzuweisen wären, damit scheint er nicht gerechnet zu haben, bei seiner sonst an den Tag gelegten Selbstsicherheit.

Die scharweise vorhandenen Verteidiger (lange nicht mehr gesehen in einem großen Prozeß) verfallen in einen äußerst aggressiven Ton in ihren Repliken — das macht es dem Betrachter noch deutlicher, daß beim untermauerten Betrugsvorwurf das ganze Schutzgemäuer, das da errichtet wurde, ins Wanken kommt. Sie konzentrieren ihre Angriffe auf diesen Staatsanwalt, der als Dummkopf, als sachlich unqualifiziert (weil er die Motive der feinen Herren nicht versteht und auch nicht ihre Gepflogenheiten) und anderes mehr. Diese Verteidiger haben ganz offensichtlich vor Gericht wesentlich mehr Bewegungsfreiheit als normal. Sie verteidigen ja auch nicht irgendwen.

Ergänzt wird dieses Auftreten durch die fortgesetzte Kampagne in Juristenkreisen, die der Stauß-Freund Klein, oberster Finanzrichter der BRD macht, der fortfährt zu behaupten, höchstens seine Gerichtsbarkeit sei dafür zuständig (für die Fälle? für den schnellen Freispruch aufgrund gewohnheitsmäßigem Betrugsrecht?)

Es wird, das haben diese ersten Tage gezeigt, ein langer Prozeß werden, das war bereits letzte Woche klar. Es wird auch ein Prozeß werden, in dem Angeklagte und Verteidiger alle die Freiheiten haben (und sie seien ihnen gegönnt) die man sich auch sonst vor bundesdeutschen Gerichten wünschen würde, die nur oft genug längst per Gesetz abgeschafft wurden oder nie bestanden. Und vielleicht noch einiges mehr an „Freiheiten".

Solche Freiheiten beispielsweise, wie die, daß sich die feinen Herren darüber mokieren, daß eine Hausfrau und ein Metzgergehilfe die Laienrichter sind.

Billigeres Kabel oder teureres?

Auftragsbeschaffer aktiv: Die Post

Daß es mit den vielbeschworenen neuen Medien nicht ganz so klappt, wie es die anfängliche Regierungs- und Unternehmerpropaganda glauben machen wollte, geben inzwischen schon selbst die am meisten an Verkabelung interessierten Kreise zu. Jetzt hat sich der Postminister offensichtlich — wieder mal — etwas Neues einfallen lassen.

Aus einer Vorlage des Postministeriums aus der letzten Woche geht hervor, daß es Überlegungen gibt, durch eine neue Gebührenpolitik die weitere Verkabelung zu fördern. Die neuen Gebühren, das wird deutlich, zielen ganz eindeutig und fast ausschließlich auf die großen Hausbesitzer.

So soll die Gebühr für einen Wohnungsanschluß um 50 Prozent, von 500 auf 750 Mark erhöht werden, während die „Rabatte" für Vielanschlüsse dermaßen vergrößert werden, daß bei 100 Wohnungen die Kosten pro Einheit auf 65 Mark gesenkt würden.

Das zielt auf Versicherungsunternehmen und große Wohnungsbaugesellschaften sowie einzelne Großbesitzer, die sich allesamt bisher nicht besonders für die Kabelpläne erwärmen konnten.

Das heißt: Die Post bleibt dabei, bzw. verstärkt es sogar noch, daß sie die Rolle spielt, für die Kabelfirmen Aufträge zu beschaffen, den Anreiz zu schaffen — was sie ja bisher schon tut, indem sie Gebühren erhebt, die keineswegs kostendeckend sind, also subventioniert.

Die einstige Propaganda, die im Extremfall so aussah, daß gesagt wurde, Millionen würden nur darauf warten, endlich Kabelfernsehen usw. zu bekommen, ist längst verstummt. Das mögen durchaus die normalen Anlaufschwierigkeiten einer Neuerung sein — auch die Einführung des Fernsehens dauerte damals seine Zeit, obwohl dabei auch viel direkter finanzielle Gründe eine Rolle gespielt haben dürften.

Daß alle Tätigkeit des Postministers darauf hinausläuft, nun den an der Verkabelung interessierten Konzernen eine Subvention nach der anderen zu verschaffen, zeigt einmal mehr, wie verlogen die CDU/FDP-Propaganda von „weniger Staat" in Wirklichkeit ist, daß es ihnen nur darum geht, noch eindeutiger den Staat dazu zu nutzen, das Geld im Interesse der Reichen und der Konzerne zu verteilen.

Nach dem Kanzlergespräch

Viel Lärm um nichts?

Das war also der Trialog, das Gipfeltreffen zwischen den Vertretern der Bundesregierung, des DGB und der Unternehmerverbände. Was dabei herausgekommen ist, scheint angesichts des gewaltigen propagandistischen Aufwands ziemlich mager.

Als konkretes Ergebnis wird vor allem die Einigung über die Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit herausgestellt: 1 Milliarde soll für die berufliche Qualifikation von Arbeitslosen ausgegeben werden, eine weitere zur Finanzierung eines längeren Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose. Eine zu diesem Thema eingesetzte Arbeitsgruppe soll die weitere Konkretisierung ausarbeiten.

Eine Einigung gewiß, aber welche Bedeutung kommt ihr angesichts des Gesamtproblems „Arbeitslosenversicherung" tatsächlich zu? Sicher ist die sich jetzt abzeichnende Regelung für einen Teil der Arbeitslosen vorteilhafter als die zunächst von den Unternehmerverbänden, der FDP und Teilen der Unionsparteien verfochtenen Pläne zur Senkung der Beiträge, wodurch die BfA-Überschüsse zur Hälfte an die Unternehmer gegangen wären, während für die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen überhaupt nichts getan worden wäre. Nur: so tief können die Gewerkschaften die Meßlatte in der jetzigen Situation doch wohl nicht hängen.

Durch die Maßnahmen der letzten Jahre ist die Arbeitslosenversicherung sehr weitgehend untergraben worden. Immer mehr Arbeitslose sind aus der Arbeitslosenversicherung ausgegrenzt worden. Nur noch ein Drittel der offiziell registrierten Arbeitslosen bezieht Arbeitslosengeld. Durch die Kürzungen des Arbeitslosengeldes werden immer mehr Arbeitslose zum Fall für die Sozialhilfe. Die jetzt getroffenen Vereinbarungen werden diesen Trend nicht bremsen, schon gar nicht stoppen oder umkehren. Statt diese zentralen Probleme in die öffentliche Diskussion zu rücken, wird eher der Eindruck erweckt, als gäbe es in Sachen Arbeitslosenversicherung und ihrer Finanzierung mehr Übereinstimmung als Differenzen zwischen Regierung und Kapitalistenverbänden auf der einen und dem DGB auf der anderen Seite.

Dieser natürlich unzutreffende Eindruck aber ist fatal, wenn man bedenkt, daß die Demontage der Arbeitslosenversicherung große Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen der kommenden Jahre haben wird. Daß die DGB-Spitze dieses Problem nicht erkannt hat, ist nicht anzunehmen. Sie wird ihre Haltung rechtfertigen mit dem Hinweis, daß es auch um die Realisierung kleinerer Verbesserungen gehe. Das ist unbestritten, erklärt aber durchaus nicht, warum in dem Gespräch selbst und in den anschließenden Erklärungen der Öffentlichkeit die grundsätzlichen Widersprüche zur Regierungspolitik in dieser Frage nicht angemessen dargestellt wurden.

Wegen der Beschäftigungspolitik habe sich das Treffen nicht gelohnt, meinte Ernst Breit anschließend. Das hatte man ohnehin schon vorher vermutet. Die Regierung lehnt staatliche Beschäftigungspolitik ab. Im Gegenteil ist ihre Haltung eher die, die bestehende Massenarbeitslosigkeit im Sinne der Unternehmer zu nützen, um — wie durch das Beschäftigungsförderungsgesetz — die Arbeitskraft für die Kapitalisten möglichst billig und durch Schutzvorschriften unbehindert verfügbar zu machen. Das alles war vor dem Treffen klar. Unklar ist allerdings nach wie vor, welche Absichten die DGB-Spitze verfolgt, wenn sie die Regierung faktisch dabei unterstützt, in der Öffentlichkeit als um die Lösung des Arbeitslosenproblems bemüht zu erscheinen.

Eingerichtet wurde eine Arbeitsgruppe zur Frage Technologie und Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Nun hat Blüm ja einen Entwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt. Er zielt ausschließlich darauf ab, die einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung in den Betrieben zu schwächen und die Betriebsräte zu spalten. Nimmt man die Verlautbarungen verschiedener Unternehmerverbände ernst, muß man sogar zu dem Schluß kommen, daß dieser Vorstoß noch nicht einmal auf Druck des organisierten Unternehmertums zustandegekommen ist, sondern ein Eingehen auf Strömungen im Unternehmerlager darstellt, die einen besonders aggressiven Kurs gegenüber den Gewerkschaften fordern.

Jetzt plötzlich stellt Blüm die Möglichkeit von BetrVG-Änderungen, die eine Ausweitung von Betriebsratsrechten in Sachen neue Technologie zum Inhalt haben sollen, zur Diskussion. Blüm selbst aber spricht nur von einer Erweiterung der Informationsrechte der Betriebsräte, nicht aber der Mitbestimmungsrechte. Die FDP ist grundsätzlich dagegen. Die Unternehmerverbände haben ihre Ablehnung kategorisch erklärt. Mehr als Kosmetik kann hier von Regierungsseite nicht beabsichtigt sein.

Die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, bei der es um die Bestrebungen der Regierungskoalition und der Unternehmerverbände geht, den berüchtigten Franke-Erlaß, der die Zahlung von Kurzarbeitergeld an kalt Ausgesperrte verbietet, zum Gesetz zu machen, nachdem er von verschiedenen Gerichten als Verstoß gegen das geltende Recht beurteilt worden ist.

Den Presseberichten zufolge ist dieses Thema noch nicht einmal sehr grundsätzlich diskutiert worden. Laut Spiegel soll Kohl erklärt haben, er sehe sich nicht in der Lage, dieses Thema jetzt durchzudiskutieren. Tags darauf erklärte Kanzleramtschef Schäuble allerdings: Es sei klargeworden, daß die Tarifpartner nicht im Stande seien, das Arbeitskampfrecht in eigener Regie zu ändern. Noch in dieser Legislaturperiode müsse der Bonner Gesetzgeber die Zahlungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit neu ordnen.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann stieß ins gleiche Horn: „Jetzt muß der Gesetzgeber ran, es gibt da kein Zurück mehr."

Diese Äußerungen stehen allerdings im Widerspruch dazu, daß nach Informationen aus dem Blüm-Ministerium auch zur Frage des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes eine Arbeitsgruppe gebildet worden ist. Das allerdings wäre seitens des DGB ein geradezu abenteuerliches Unterfangen. Auf dem Tisch des Hauses Blüm liegt das sogenannte Müller-Gutachten, das eine völlige Neufassung des Arbeitsrechts vorsieht. Wenn der DGB sich nun unter dieser Drohung auf Verhandlungen oder auch nur Gespräche darüber einläßt, ob der § 116 geändert wird, wird es sehr schwierig sein, jede Verschlechterung der jetzigen Rechtslage abzuwehren.

Immerhin hat der Dreier-Gipfel die schlimmsten Befürchtungen klassenkämpferischer Gewerkschafter nicht bestätigt: eine Institutionalisierung des Trialogs nach Art der früheren konzertierten Aktion wurde nicht vereinbart. Die Frage ist, ob es zu einer Fortsetzung der Gespräche kommt, was ja auch auf eine stillschweigende Neuauflage der konzertierten Aktion hinauslaufen könnte. Von Gewerkschaftsseite gibt es offensichtlich gegensätzliche Position zu der Frage, ob ein neues Gipfel-Gespräch angestrebt werden soll.

Die Regierung will es aus durchsichtigen Gründen. Kanzler Kohl laut „Spiegel" am Schluß des Treffens: „Zu gegebener Zeit lade ich sie wieder ein."

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans Joachim Langmann, machte klar, warum die Kapitalisten die Fortsetzung der Gespräche wollen. Nachdem er betonte, daß die Regierung den eingeschlagenen Kurs in der Wirtschaftspolitik nicht ändern dürfe, erklärte er: „Der Sinn dieser Gespräche kann nur darin liegen, daß Bundesregierung und Sozialpartner ihre gemeinsame gesamtwirtschaftliche Verantwortung erkennen und wahrnehmen."

Eben das darf nicht passieren. Dagegen gilt es zu kämpfen, daß der DGB sich in die Mitverantwortung für die Politik der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Demontage nehmen läßt, statt den Massenwiderstand dagegen zu entfalten.

Reaktionäres BAG-Urteil

Beamte als Streikbrecher

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat entschieden, daß der Staat und staatliche Unternehmen wie Post und Bahn im Falle eines Streiks Beamte auf bestreikte Arbeitsplätze einsetzen dürfen.

Das Bundesarbeitsgericht vertritt in diesem reaktionären Urteil die Auffassung, daß dadurch nicht in „grober Weise gegen die Koalitionsfreiheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst', verstoßen werde. Obwohl das BAG „einige Unterschiede" sieht, verhalte sich der Staat im Prinzip nicht anders als andere Unternehmer.

Das Urteil geht zurück auf einen Streik von 25000 Arbeitern und Angestellten der Post für eine Neuregelung des Schichtdienstes im Jahre 1980. Auch anläßlich der letzten Tarifrunde bei der Post war es in dieser Frage zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen.

Faktisch wird damit der Einsatz von Beamten als Streikbrecher rechtlich angeordnet. Selbstverständlich werden auch in privaten Unternehmen Streikbrecher auf bestreikte Arbeitsplätze eingesetzt. Im letzten Streik in der Druckindustrie etwa haben häufig Meister und Schichtführer Notausgaben der bestreikten Zeitungen hergestellt. Nur: in privaten Unternehmen muß der Unternehmer zunächst einmal arbeitswillige Streikbrecher finden.

Völlig anders ist die Situation dagegen beim Staat oder bei der Post und Bahn. Ein großer Teil der Beschäftigten sind hier beamtet. Beamte haben kein Streikrecht. Sie dürfen sich nicht an einem Streik beteiligen, selbst wenn sie Mitglied der streikenden Gewerkschaft sind und hundertprozentig hinter dem Streik und seinen Zielen stehen. Schon darin liegt eine schwerwiegende Beschränkung des Streikrechts im staatlichen Bereich; denn wenn ein großer Teil der Belegschaft nicht streiken darf, wird die Effektivität des Streiks des nichtbeamteten Belegschaftsteils dadurch natürlich empfindlich eingeschränkt.

Jetzt wurde auch noch vom BAG bestätigt, daß diese Beamten im Streikfall nicht nur die mit ihrem Arbeitsplatz unmittelbar verbundenen Tätigkeiten ausüben müssen, sondern daß sie direkt zu Streikbrecherdiensten gezwungen werden können.

ÖTV-Tarifdiskussion

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wie wir in unserem ÖTV-Magazin und aus der Presse Fernsehen erfahren haben, ist die Diskussion für die Tarifrunde 1986 vom geschäftsführenden Hauptvorstand und der Großen Tarifkommission eröffnet worden. Das Gesamtvolumen der aufzustellenden Forderungen beläuft sich nach Auffassung der O.g. Gremien auf 5—6 Prozent.

Nachdem die Bundesregierung plant, die allgemeine Zulage für die Beamten des einfachen Dienstes von 40,00 auf 67,00 DM zu erhöhen, wird auch dies als Schwerpunkt der tarifpolitischen Forderungsstruktur herausgestellt.

Nun einige Überlegungen, die wir als Mitglieder und Funktionsträger unserer Organisation zur Diskussion stellen möchten.

Entsprechend der langjährigen Forderung nach einheitlichem Dienstrecht schlagen wir eine Erhöhung der allgemeinen Zulage auf 100,00 DM für alle sowie deren Einarbeitung in die Lohn-, Gehalts- und Besoldungstabellen vor.

Darüber hinaus halten wir eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Besoldungen um einen Festbetrag von 125,00 DM für angemessen.

Wir bitten Euch, unsere Vorschläge in Euren gewerkschaftlichen Strukturen zu diskutieren.
Mit kollegialen Grüßen

Uta Landsbgerg, Bezirksvorstand, W-Berlin; Jürgen Hampel, Kreisdelegierter, Düsseldorf; Peter Marquard, Mitglied, Bielefeld; Karin Velten, Vertr.-Frau, Düsseldorf; Jürgen Wünsche, VKL, München-Stadt; Roland Klapprodt, Mitglied, Bonn; Ute Abraham, KFA-Vorsitzende, Leverkusen-Rhein-Wuper; Michael Marquardt, VK-Sprecher, Hamburg; Peter Klausch, Mitglied, Bielefeld; Charlotte Weyers, Vertr.-Frau, Duisburg; Winfried Lingnau, Vertr.-Mann, Köln; Dieter Fuchs, Kreisvorstand, Düsseldorf; Hannelore Müller, Mitglied, Düsseldorf; Anita Killewald, Vertr.-Frau, Düsseldorf; Rainer Morgenstern, Kreisvorstand, Lev.-Rhein-Wupper; Rudolf Homann, Mitglied, Düsseldorf; Peter Kuhlmann, Mitglied, Lev.-Rhein/Wupper; Ulrike Graf, KFA, Lev.-Rhein/Wupper; Lutz Reimers, Kreisdel., Düsseldorf; Bernd Kuschel, Mitglied, Düsseldorf; Rita Koch, Vertr.-Frau, Düsseldorf; Wilfried Hülsberg, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Rolf Stöckel, Mitglied, Hamm; Petra Neumann, Mitglied, Lev.-Rhein/Wupper; Margot Steuber, VKL, Lev.-Rhein/Wupper; Michael Schade, Vetr.-Mann, Hamburg; Andreas Lohmeyer, VL-Sprecher, Düsseldorf; Heinz Hoss, Vetr.-Mann, Düsseldorf; Edith Böhmer, Mitglied, Düsseldrof; Harry Lauber, VKL, Lev.-Rhein/Wupper; Hermann Nehls, Vertr.-Mann, W-Berlin; Klaus Klug, VL-Sprecher, Lev.-Rhein/Wupper; Arno Fritsch, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Maria Koppers, Mitglied, Düsseldorf; Martin Lenzen, Vertr.-Mann, Düsseldorf; MarionWorbs, Vertr.-Frau, Köln; Wolfgang Zimmermann, Kreisvorstand, Lev.-Rhein/Wupper; Brigitte Hiller, Vetr.-Frau, Düsseldorf; Willibald Voigt, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Hans Oehlschlägel, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Manfred Hürten, VLK-Leitung, Köln; Mechthild Lippke, Vertr.-Frau, Duisburg; Uwe Hilliges, Mitglied, Düsseldorf; Michael Weis, Mitglied, Mainz; Hans Wegling, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Oskar Tschörner, Vertr.-Mann, W-Berlin; Ellen Groß, JAV, Lev-Rhein/Wupper; Ulrich Winterfeldt, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Henning Kleeblatt, Vertr.-Mann, Wiesbaden; Birgit Kirys, Vertr.-Frau, Düsseldorf; Wolfgang Heupel, Mitglied, Lev.-Rhein/Wupper; Peter Minn, Mitglied, Mainz; Gisela Jarosch, Vertr.-Frau, Düsseldorf; Elke Honbücher, KFA/Vertr.-Frau, Köln; Christian Sowade, Abt.-Vorstand, München-Stadt; Jürgen Elias, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Leida Schieving, Mitglied, Bielefeld; Rolf Juschkewitz, Kreisvorstand, Düsseldorf; Rüdiger Guckes, Mitglied, Duisburg; Heinz Nagel, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Hardy Kremer, Mitglied, Lev.-Rhein/Wupper; Reinhard Fiest, Mitglied, Duisburg; Helmut Stüther, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Gabriele Zerhulla, Mitglied, Düsseldorf; Siegfried Gorzolla, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Conny Rahnema, VKL, München-Stadt; Manfred Haag, stellv. VL-Sprecher, Düsseldorf; Petra Dziergwa, JAV, Lev.-Rhein/Wupper: Klaus Schalldach, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Ursula Krämer, KFA, Lev.-Rhein/Wupper; Martin Heichel, Vertr.-Mann, Düsseldrof; Gisela Wiesmann, Mitglied, Lev.-Rhein/Wupper; Sigismund Juhnke, Vertr.-Mann, Düsseldorf; Michael Victor, Mitglied, Düsseldorf; Werner Ellersiek, Mitglied, Düsseldorf;

Kontakt über: Wolfgang Zimmermann, Neustraße 10, 4018 Langenfeld, Tel.: (02173) 14511; Wilfried Hülsberg, Planetenstraße 2, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 330078

Wer hat Interesse?

Geplant ist voraussichtlich für den November eine Konferenz von Genossinnen und Genossen, die im Krankenhausbereich arbeiten. Die Konferenz soll gemeinsam mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen (sicher gemeinsam mit dem BWK) durchgeführt werden.

Wer Interesse hat, sollte dies die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD wissen lassen.

Die Wende gegen die Gewerkschaften geht weiter

Wir setzen in dieser Nummer den Abdruck einer dreiteiligen Artikelserie anläßlich der bevorstehenden Aktionswoche des DGB fort. In der ersten Folge behandelten wir Fragen zum Thema Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. In dieser Folge beschäftigen wir uns mit Plänen der Unternehmerverbände und der Bonner Koalition zur Schwächung der Gewerkschaften. In der dritten Folge werden wir die Perspektiven der Gewerkschaften angesichts der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und der konservativen Regierungspolitik diskutieren.

„Gegen den Gewerkschaftsstaat" — unter dieser demagogischen Losung hat sich die konservative Reaktion stets gesammelt. Von Anfang an war die Wende in Bonn von den ausschlaggebenden kapitalistischen Kreisen auch mit dem Ziel einer nachhaltigen Schwächung der Gewerkschaften gefordert worden.

Gegen Anspruchsdenken und Klassenkampf

Gegen Anspruchsdenken und Klassenkampf, der einzelne muß verzichten, damit die Wirtschaft floriert — das waren Kernthesen jener geistig-moralischen Erneuerung, wie sie von den Aufschwungpropheten im letzten Bundestagswahlkampf erfolgreich verkündet wurden.

In der Ideologie der Wende, die die Ursache der wirtschaftlichen Probleme darin sieht, daß es den arbeitenden Menschen und den sozial Schwachen zu gut geht, daß deshalb die Unternehmergewinne zu niedrig sind und das Kapital für notwendige Investitionen fehlt, erscheinen die Gewerkschaften schlicht und ergreifend als Investitionshindernis. Investitionshindernisse aber müssen möglichst ausgeräumt werden.

Die CDU/CSU/FDP-Koalition schlug nach dem Sturz der Regierung Schmidt zunächst einen solchen Kurs der direkten Konfrontation gegen die Gewerkschaften ein. Norbert Blüm erklärte damals im Zusammenhang mit der von ihm vorgetragenen Forderung nach einer Lohnpause: „Die freie Gesellschaft muß beweisen, ob sie freiwillig zur Umkehr fähig ist oder ob die Umkehr nur mit harter Hand zustandegebracht werden kann. (...) Ich will eine Druckwelle des Gemeinsinns erzeugen. (...) Wer sich der Atempause entzogen hat (soll heißen: wer keine Verzichtbereitschaft demonstriert hat), wird dann als Egoist entlarvt."

Als die IG Metall und die IG Druck & Papier mit der Mobilisierung für den Kampf für die 35-Stunden-Woche ernst machten, schickte sich die Bonner Regierung in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden an, diese „Druckwelle des Gemeinsinns" gegen die Gewerkschaften zu erzeugen.

In einem beispiellosen Propagandafeldzug wurde der Kampf für Arbeitszeitverkürzung als Gefährdung der Arbeitsplätze und als Anschlag auf den Wirtschaftsaufschwung hingestellt. Immer neue Umfragen sollten den Eindruck erzeugen, die Masse der Arbeiter und Angestellten sei gegen die Forderung der Gewerkschaften, der Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung sei das Werk borniertel Gewerkschaftsideologen, die sich aus organisationsegoistischen Interessen über die Meinung und die Interessen der Basis hinwegsetzten.

Seit Adenauers Zeiten hatte es eine so aggressive Strategie der Regierung gegen die Gewerkschaften nicht mehr gegeben. Wir wollen hier nicht die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche des Jahres 1984 nachzeichnen. Festzuhalten ist: bei allen schwerwiegenden negativen Aspekten, die die damals getätigten Tarifabschlüsse aus gewerkschaftlicher Sicht haben, konnten die Wendestrategen ihre wesentlichen Ziele nicht erreichen.

Die Gewerkschaften erwiesen sich als kampffähig. Den Kapitalisten und der konservativen Reaktion war es nicht gelungen, die Belegschaften gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Die Urabstimmungen wurden deutlich gewonnen, die Streikaufrufe der Gewerkschaften befolgt. Im Zusammenhang mit dem berüchtigten Franke-Erlaß, der die Arbeitsämter anwies, kein Kurzarbeitergeld an „kalt ausgesperrte" Belegschaften zu zahlen, kam es in Bonn zur größten Arbeiterdemonstration gegen die Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die „Druckwelle des Gemeinsinns", die die Bonner Regierung erzeugen wollte, um die Gewerkschaften zu isolieren und zu spalten, erwies sich als zu schwach. Für die von Blüm angedrohte Alternative, die Umkehr mit „harter Hand" zustandezubringen, fehlten angesichts der starken Mobilisierung der Arbeiter- und Angestelltenschaft die politischen Voraussetzungen. Die von den Wendestrategen eingeschlagene Linie der direkten Konfrontation gegen die Gewerkschaften konnte nicht einfach fortgeführt werden. Das Ziel, die Stellung der Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen, aber blieb. Es wird weniger auffällig, aber wirkungsvoll auf anderen Wegen weiter verfolgt.

Moderne Zeiten — flexible Zeiten?

Die Stärke der Gewerkschaften beruht darin, daß sie das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Angestellten gegen die Kapitalisten vertreten. Das Bestreben der Unternehmer und der bürgerlichen Politik ging darum immer dahin, das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten für ihre gemeinsamen Interessen zu schwächen. Das moderne Wort dafür heißt „Flexibilisierung".

Was durch die Unternehmerpropaganda unter dem Stichwort „Flexibilisierung" so massiv in die öffentliche Diskussion gedrückt wurde, hat sicher viele Aspekte. Die Anwendung moderner, vor allem computergestützter Technologie in der industriellen Produktion verändert natürlich die Arbeitsplätze. Theoretisch ergeben sich daraus sogar Möglichkeiten, die Arbeit leichter und interessanter zu gestalten.

Nur erfolgt die Einführung moderner Produktionsmethoden im Kapitalismus ja um kapitalistischer Ziele willen: Steigerung des Profits durch Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten.

Diesem Ziel, alle technisch gegebenen Möglichkeiten zur Steigerung der Ausbeutung vollständig auszuschöpfen, steht aus unternehmerischer Sicht entgegen, daß die Arbeiter und Angestellten sich einheitliche Tarifverträge erkämpft haben, die Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen usw. kollektiv regeln. Sie lassen zwar einen gewissen Spielraum für Differenzierungen (Lohngruppen, Schichtzeiten usw.), sichern den Arbeitern und Angestellten aber doch Mindestansprüche gegenüber den Kapitalisten, setzen dem Streben der Unternehmer nach schrankenloser Steigerung der Ausbeutung Grenzen. Dazu gehört auch, daß die Arbeiterbewegung gesetzliche Schutzrechte wie Kündigungsschutz, Lohnfortzahlungsgesetz u.a. durchgesetzt hat, die ebenfalls dazu beitragen, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht völlig uneingeschränkt zur Manövriermasse des unternehmerischen Profitstrebens wird.

Die Freiheit der Unternehmer aber soll grenzenlos sein: flexible Festsetzung der Löhne, flexible Arbeitszeiten, flexible Einstellungs- und vor allem Kündigungsmöglichkeiten usw.

Am Ende dieser Entwicklung soll die Verbindlichkeit von Tarifverträgen weitgehend untergraben sein. Der einzelne Arbeiter soll seinen Lohn, seine Arbeitszeit individuell mit dem Unternehmer vereinbaren. Wer hat dabei wohl die besseren Karten? Flexibel heißt biegsam. Der einzelne Arbeiter, der darauf angewiesen ist, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen, stellt gegenüber dem Unternehmer keine Kraft dar. Nur durch die Kraft der Solidarität und der gewerkschaftlichen Organisation kann er seine Interessen verteidigen.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das zu Recht von den Gewerkschaften als Entlassungsförderungsgesetz bezeichnet wird, hat deutlich gemacht, wohin die Reise gehen soll: durch die Ausweitung der Möglichkeiten zur befristeten Einstellung, der Teilzeitarbeit einschließlich der Arbeit auf Abruf, der Leiharbeit und des Fremdfirmeneinsatzes u.a. haben die Unternehmer nun die Möglichkeit, einen großen Teil der von ihnen benötigten Arbeitskräfte zu Bedingungen zu beschäftigen, in denen die tariflichen Mindestansprüche, Kündigungsschutz, die einheitliche Interessenvertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaft nicht oder nur sehr eingeschränkt Geltung haben.



Spalter am Werk

Die spalterische Wirkung, die von diesen Flexibilisierungstendenzen ausgeht, ist offenkundig. Sie ersetzt allerdings nicht das alte Streben der Reaktion, eine politische Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in unserem Land durchzuführen. Insbesondere das berüchtigte Strategiepapier der CSU aus dem Jahre 1979, in dem verschiedene Möglichkeiten zur Spaltung der Gewerkschaften — etwa durch massive Unterstützung der sogenannten christlichen Gewerkschaften — erörtert wurden, ist noch in besonders schlechter Erinnerung.

Aber im Arbeiterbereich sind derartige Pläne der Reaktion bislang nicht sonderlich vorangekommen, weil die christlichen Gewerkschaften im großen und ganzen über ein Schattendasein nicht hinauskommen. Diese im praktischen Leben gefällte demokratische Entscheidung für die Einheitsgewerkschaften gegen unternehmerhörige Spaltergewerkschaften haben die Konservativen nie akzeptiert. Deshalb ihre Propaganda gegen das Monopol des DGB, gegen den angeblich fehlenden Pluralismus auf gewerkschaftlichem Sektor.

Die von der Regierungskoalition beabsichtigten Änderungen zum Betriebsverfassungsgesetz sind wohl vor allem als Versuch zu sehen, über den Umweg über die Betriebsräte, den unternehmerhörigen Spalterorganisationen mehr Einfluß zu verschaffen. Ihnen soll nicht nur der Einzug in die Betriebsräte erleichtert werden, vor allem soll eine Stärkung ihrer Einflußmöglichkeiten juristisch erzwungen werden.

Dadurch sollen nicht nur die DAG oder die christlichen Gewerkschaften begünstigt werden, sondern auch solche Listen, die eigens für die Betriebsratswahl von den Unternehmensleitungen initiiert und kräftig gesponsort werden. Bei den letzten Betriebsratswahlen war deutlich zu beobachten, daß die Zahl der Betriebe, in denen solche offensichtlichen Unternehmerlisten auftraten, enorm gewachsen ist.

Die von der Regierung vorgesehene gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte mit weitreichenden Kompetenzen, soll einen weiteren Schritt zur Spaltung und Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung darstellen.

Wird der Franke-Erlaß Gesetz?

Die Niederlage in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat die Unternehmerverbände und die Regierung nicht ruhen lassen. So ein Streik soll ihrer Ansicht nach nicht noch einmal möglich sein. Deshalb soll der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geändert, der berüchtigte Franke-Erlaß zum Gesetz erhoben werden.

Erinnern wir uns: auf die Schwerpunktstreiks der IG Metall 1984 in Hessen und Baden-Württemberg reagierte Gesamtmetall nicht nur mit offiziellen Aussperrungen, sondern auch mit sogenannten kalten Aussperrungen in allen Tarifbezirken, also mit Produktionseinstellungen, die von den Unternehmern mit angeblichen Streikauswirkungen begründet wurden.

Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, wies die Arbeitsämter damals an, diesen kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen. Später stellten Gerichte fest, daß dieser Erlaß unrechtmäßig war. Das Kurzarbeitergeld mußte gezahlt werden.

Jetzt soll deshalb das Gesetz geändert werden. Das würde bedeuten, daß die Unternehmer auf einen Streik von 50000 Metallern mit der kalten Aussperrung von Hunderttausenden antworten könnten. Diese Kolleginnen und Kollegen stünden ohne Geld da. Die Gewerkschaft wäre praktisch gezwungen, ihnen Streikgeld zu zahlen. So könnten die Unternehmer durch kalte Ausweitung des Arbeitskampfes die Gewerkschaftskassen in relativ kurzer Zeit ausräumen.

Die Änderung des § 116 wäre der einschneidendste Angriff auf das Streikrecht seit langem.

Zur Debatte steht aber nicht nur die reaktionäre Änderung des § 116. Auf dem Tisch des Hauses Blüm liegt auch das vom Blüm-Ministerium in Auftrag gegebene Gutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts Müller. In diesem Gutachten spricht sich Müller nicht nur für die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes im Sinne der Unternehmer aus. Das Müller-Gutachten enthält umfassende Angriffe auf das Streikrecht. Es erklärt etwa die von der IG Metall entwickelte Taktik der neuen Beweglichkeit für rechts- und verfassungswidrig. Für große Bereiche des öffentlichen Dienstes soll das Streikrecht weitgehend eingeschränkt werden. Die Freiheit der Kapitalisten, Aussperrungen zu verhängen, soll dagegen praktisch uneingeschränkt sein. Müller fordert zugleich erste Schritte zu einer staatlichen Zwangsschlichtung. Das Müller-Gutachten stellt praktisch ein Konzept zu einer umfassenden Reform des Arbeitskampfrechts im Unternehmerinteresse dar. Die Verwirklichung seiner Forderungen würde das Streikrecht massiv einschränken, die Tarifautonomie untergraben, die Gewerkschaften gegenüber den Unternehmerverbänden in eine Position der völligen Unterlegenheit drücken.

Das Müller-Gutachten zeigt, daß die Wende gegen die Gewerkschaften noch lange nicht zuende ist. Während Kohl zu Kamingesprächen einlädt, werden neue Angriffe zur Schwächung der Gewerkschaften vorbereitet. Das Vorbild heißt England, wo die Thatcher-Regierung die Gewerkschaftsbewegung schon fast ins Mark getroffen hat.

Das Neutronen-Mißverständnis

Am Dienstag letzter Woche enthüllte das Fernsehmagazin „Monitor", daß von 1981 bis 1984 in den USA Neutronensprengköpfe für den Einsatz in Westeuropa produziert worden sind. Und zwar jeweils 400 Sprengköpfe für das Raketensystem Lance und das schwere Artilleriesystem 203 Millimeter. Beide Waffensysteme sind bei der US-Armee in der Bundesrepublik stationiert. Allein für die Produktion des Neutronensprengkopfes W 79 der 203-Millimeter-Haubitze hat die US-Regierung laut Monitor inzwischen 1,073 Milliarden Dollar ausgegeben.

Die Enthüllungen von „Monitor" stützten sich nicht auf irgendwelche Geheimquellen, sondern auf Dokumente und Sitzungsprotokolle des Senats und des Repräsentantenhauses.

Mit diesem Bericht wollte „Monitor" Stellung nehmen zu Ausführungen, die Verteidigungsminister Wörner am 13.6.1985 vor dem Bundestag gemacht hatte. Der Minister damals: „Die amerikanische Regierung hat beim Kongreß bis jetzt noch nicht einmal die Mittel beantragt, um Neutronenwaffen zu produzieren, geschweige denn, daß sie diese etwa hier in Europa stationieren wollten. Ich habe mich dessen vergewissert, bevor ich Ihnen diese Antwort gab."

Hat der Minister also gelogen? Gott bewahre, ein Minister lügt doch nicht. Die „Frankfurter Rundschau" nach der „Monitor"-Sendung: „Das Ministerium räumte nun der FR gegenüber ein, daß der Minister über die Produktion sehr wohl Bescheid gewußt habe. Doch das stehe, so der Sprecher der Hardthöhe, Oberst Horst Prayon, nicht im Widerspruch zu Wörners Äußerungen im Bundestag(!). Der Minister habe damals nur dem Eindruck entgegentreten wollen, daß Neutronenwaffen in Europa stationiert werden sollten. Er habe damit nicht etwa sagen wollen ‚die USA haben keine Neutronenwaffen produziert'." (FR 5.9.85)

Also: als der Minister im Bundestag sagte, in den USA würden keine Neutronenwaffen produziert, wollte er damit keineswegs sagen, daß in den USA keine Neutronenwaffen produziert würden. Es haben ihn nur einige fälschlicherweise so verstanden.

Und wenn der Minister heute, nach der „Monitor"-Sendung, beteuert, daß es in der Bundesrepublik keine Neutronensprengköpfe gibt und die USA auch nicht die Absicht haben, hier welche zu stationieren? Wie muß man das dann verstehen, um den Minister nicht wieder mißzuverstehen? Meint er das, was er sagt, oder meint er das Gegenteil von dem, was er sagt?

Termine

Friedensberatung der KPD

Eingeladen zu dieser Friedensberatung sind alle Genossinnen und Genossen, die an friedenspolitischen Fragen interessiert sind. Folgende Themen sollen besprochen werden:

- ein friedenspolitisches Papier von Hamburger Genossen (wird denjenigen, die hinkommen wollen, zugeschickt)
- Zivilschutz
- Bundeswehrplan
- WEU/Atomwaffensperrvertrag
- Genfer Verhandlungen
- Internationale Rolle der SU

und natürlich anstehende Aktionen und Termine der Friedensbewegung:

- Feiern zum Bundeswehrjubiläum
- Anti-NATO-Kongreß 86
- Aktionskonferenz „Friedensjahr 86" in Köln im Dezember

Die Friedensberatung findet statt am Samstag, den 21.9.85, 11 Uhr in Dortmund. Den genauen Ort bitte bei der Zentrale (Peter) erfragen. Anmeldung erwünscht.

„Mach meinen Kumpel nicht an"

Nach dem Vorbild der französischen Bewegung „SOS racisme" hat die DGB-Jugend jetzt die Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an" gestartet. Aufkleber und Buttons sind — kostenlos — zu bekommen bei: Redaktion 'ran, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1 oder bei: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf.



Anti-NATO-Kongreß

Der Trägerkreis der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen" (BUF) lädt zu einem Anti-NATO-Kongreß im Frühjahr 1986 ein. Zur Vorbereitung findet am 6.10.85, 12.00—18.00 Uh, in Frankfurt eine Vorbesprechung statt. Dort sollen Funktion, Konzeption und Aufgaben eines solchen Kongresses diskutiert und ein Vorbereitungskreis gebildet werden. Alle, die an einem solchen Kongreß Interesse haben, sind eingeladen. (Der genaue Ort wird noch mitgeteilt.) Kontaktadresse: BUF c/o KoZu, Bodelschwinghstr. 13, 35 Kassel.

Gelsenkirchen

Nazi-Terror gegen Schuldirektor



Es begann im Mai dieses Jahres, als die ersten türkischen Schülerinnen und Schüler des Ricarda-Huch-Gymnasiums in Gelsenkirchen ihr Abitur machten. „Funcke raus" und „Funcke ins KZ" stand am nächsten Tag an den Schulmauern.

Für Schulleiter Funcke war klar, daß diese Parolen aus der neonazistischen Ecke kamen, der die besondere Förderung von türkischen Kindern und Jugendlichen an seiner Schule schon lange ein Dorn im Auge war. Die Polizei allerdings wiegelte ab.

Es folgten Aufkleber an der Eingangstür seines Hauses: „Funcke, wir werden dich töten, FAP." Gleichzeitig wurden die Reifen von seinem Auto und vom Auto seiner Freundin zerschnitten.

Mitte Juni wurde ein 5 Kilo schwerer Backstein durch die gläserne Eingangstür geworfen. Und in der darauf folgenden Nacht verkündete eine anonyme Telefonanruferin: „Denk an gestern, morgen bist du dran, du Schwein." Später folgte ein Brief des Komitees „Der Führer lebt", in dem das Todesurteil für Funcke verkündet wurde — zu vollstrecken „am Tag nach der Machtübernahme in einer mehrstündigen Prozedur."

Gehäuft kamen die nächtlichen anonymen Drohungen per Telefon dann im August. Funcke ging zur Polizei. Dort wurde er beruhigt: „Gehen Sie zurück in Ihre Wohnung. Wir sind mit sechs Mann da und passen auf." Gegen ein Uhr in der darauffolgenden Nacht war der Polizeischutz aber entweder schon wieder aufgehoben (ohne daß Funcke darüber informiert worden wäre) oder es hatte nie einen gegeben.

Gegen drei Uhr beobachteten zwei Nachbarinnen, wie ein Mann den Maschendrahtzaun zu Funckes Hinterhof durchschnitt, sein dort stehendes Auto mit einer Flüssigkeit übergoß und ansteckte.

Noch in derselben Nacht wurden zwei Verdächtige festgenommen, eine ehemalige Schülerin von Funcke und ein Dortmunder. Es fanden Hausdurchsuchungen statt, bei denen die Polizei bei beiden Verdächtigen Mitgliedsausweise der nazistischen FAP fand.

Das erfuhr Funcke jedenfalls direkt nach den Durchsuchungen von einem Polizeibeamten, der dabei gewesen war. Heute will die Gelsenkirchener Polizei von ihrem damaligen Fund nichts mehr wissen. Denn: der Brandanschlag gegen Funckes Auto wurde von Einzeltätern verübt, einen politischen Hintergrund hatte der Anschlag nicht. Und weil zu dieser Einzeltätertheorie Mitgliedsausweise der FAP nicht passen, hat man eben auch keine gefunden. Basta.

Wozu noch anzumerken wäre, daß nicht nur die Gelsenkirchener Polizei als Freund und Helfer für die faschistische FAP tätig ist. Immerhin hat die Dortmunder Polizei durch gezielte Fehlinformationen erreicht, daß die FAP Ende August in aller Ruhe ihre Bundesgeschäftsstelle einweihen konnte.

Hannover

Prozeß gegen lügende Polizisten

Nur der Wachsamkeit ihrer Verteidiger hatten Hasan und Örhan Öner es im letzten Jahr zu verdanken, daß sie nicht wegen versuchten Totschlags an einem Polizeibeamten verurteilt wurden. Denn die Polizei hatte schlüssige Beweise dafür vorgelegt, daß Hasan und Örhan Öner diese Straftat bei einer Demonstration gegen die Grauen Wölfe in Hannover begangen hatten.

Im Prozeß, bei dem die beiden türkischen Antifaschisten als Untersuchungshäftlinge vorgeführt wurden, stellte sich allerdings heraus, daß diese Beweise samt und sonders gefälscht worden waren. Das Gericht sprach deshalb die beiden Angeklagten frei.

Jetzt fand in Hannover der Prozeß gegen zwei der Polizisten statt, die an dieser Fälschung der Beweismittel beteiligt waren. Angeklagt waren der Polizeimeister Fischbach, das angebliche Opfer der beiden Antifaschisten und Kriminalobermeister Ludewig, der Fischbach zusammen mit einem als Polizeianwalt geltenden Rechtsanwalt zur Abfassung eines zweiten, falschen, Vernehmungsprotokolls überredet hatte. Aber nicht nur über dieses Protokoll hatten beide Polizisten falsch ausgesagt — Ludewig sogar unter Eid — sondern auch über einen zerstörten Polizeihelm, den — fingierten — Einbruch in das Auto des Rechtsanwalts, bei dem die erste Fassung des Vernehmungsprotokolls angeblich verschwunden sein sollte usw. usf.

Das Gericht verurteilte Ludewig jetzt zu acht Monaten auf Bewährung und 3000 Mark Geldstrafe, Fischbach zu 6000 Mark Geldstrafe. (Ausführlicher Bericht über das Polizeilügenkomplott im RM 12/85)

Der Fall Ayse Isik in Berlin

„Es geht ums Prinzip"

Anfang dieses Jahres war die 21jährige Ayse Isik von Holland, wo sie mit ihren Eltern lebte, nach Westberlin gekommen. Denn dort lebt seit sechs Jahren ihr türkischer Ehemann, den sie vor kurzem geheiratet hatte. Als das dreimonatige Besuchervisum abgelaufen war, beantragte Ayse Isik eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Ausländerbehörde lehnte ab, juristische Schritte blieben erfolglos.

Lummers Behörde verfügte die Abschiebung von Ayse Isik in die Türkei, obwohl sie mittlerweile schwanger war und obwohl sie angesichts der Abschiebungsdrohung erklärt hatte, sie werde freiwillig nach Holland zurückkehren. Erst als Ayse Isik im Mittwoch letzter Woche bereits auf dem Frankfurter Flughafen war, verfügte das Oberverwaltungsgericht überraschend eine Aussetzung der Abschiebung und eine rechtliche Überprüfung der Angelegenheit. Jetzt befindet sich Ayse Isik in Abschiebehaft in Berlin.

Ein Sprecher der Berliner Innenverwaltung dazu: von einem Härtefall könne nicht gesprochen werden, da Ayse Isik „noch nicht einmal ein Jahr" verheiratet und außerdem auch erst im vierten Monat schwanger sei...

Der Fall von Ayse Isik ist kein Einzelfall. Der sogenannten Härtefall-Kommission, die beim Berliner Senat eingerichtet wurde, lagen bei ihrem letzten Treffen allein 20 ähnlich gelagerte Fälle vor. Praktisch immer hieß es: sofort abschieben oder pünktlich acht Wochen nach Geburt des Kindes.

Dieses unmenschliche Verhalten der Behörden geht selbst dem Berliner „Tagesspiegel" zu weit, der zum Fall Ayse Isik kommentierte: „Der haben wir's aber gegeben. Als Türkin aus Holland nach Berlin kommen, hier mit dem noch nicht lange angetrauten Ehemann ein Kind zeugen und dann denken, nun würde man es mit der Aufenthaltsgenehmigung nicht so genau nehmen. Das geht ruck, zuck, ... Es geht um's Prinzip."

Bundesratsinitiative gegen Asylrecht

„Es sind die politisch Verfolgten, die schrecken"

Stellungnahme des Republikanischen Anwaltsvereins

Die Länder Berlin, Baden-Württemberg und Bayern haben dem Bundesrat vor einiger Zeit eine Vorlage mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" zugeleitet. Geplant ist, diesen Gesetzentwurf über den Bundesrat im Bundestag einzubringen und darüber noch in diesem Jahr beschließen zu lassen. Wir veröffentlichen zu diesem Thema eine Stellungnahme des Republikanischen Anwaltsvereins, die konkret nachweist, daß mit diesem Gesetzentwurf dem Asylrecht in der Bundesrepublik im Grunde genommen der Todesstoß versetzt werden soll. Die Stellungnahme wurde von uns leicht gekürzt.

Während sich anläßlich des vierzigsten Jahrestages des Endes der Nazi-Barbarei Hunderte von besorgten Menschen zu Gunsten des verfassungsmäßig garantierten Asylrechts engagierten, betreiben die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Berlin scheinbar unbeeinflußt ihren Totalangriff auf diese Rechtsposition des politisch Verfolgten weiter. Ihre Bundesratsinitiative wird begleitet von einem wahren propagandistischen Trommelfeuer über eine angebliche Asylantenflut und einen gigantischen Rechtsmißbrauch. Die Initiatoren der Gesetzesänderungen selber sind dabei zugleich die lautesten Verkünder von Tatarenmeldungen aller Art. So sieht Berlins Innensenator Lummer bei einem Blick auf den Globus bereits künftig entstehende Flüchtlingsströme (Beispiel Nigeria) und fühlt sich bemüßigt, die Aufhebung unliebsamer Entscheidungen von Oberverwaltungsgerichten (Beispiel Tamilen aus Sri Lanka) zu fordern.

(...)

Wie sieht der angeblich dramatische Anstieg der Zahlen der Asylbewerber tatsächlich aus?

Jahr	Asylbewerber	Asylberechtigte
1977	16410	1689
1978	33136	1838
1979	51493	6573
1980	107818	12783
1981	49391	8531
1982	37423	6209
1983	19737	5198
1984	CA. 35000	

8Angaben des Bundesministers des Innern.)

Für den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger folgt aus diesen Zahlen: „M. E. wird der Zustrom von Asylbewerbern in starkem Maße davon beeinflußt, welche Chancen sich der einzelne Asylsuchende ausrechnen kann, für längere Zeit oder gar auf Dauer in der Bundesrepublik Aufenthalt zu finden. Für diese Prognose gibt es — neben der durchschnittlichen Dauer des Anerkennungsverfahrens durch Behörden und Gerichte — zwei bedeutsame Faktoren: Wichtig ist ganz sicherlich die Erfolgsaussicht für den Asylantrag.

Die Anerkennungsquote ist im Durchschnitt im Jahre 1984 gegenüber dem Jahre 1983 von 16 auf 27 v.H. gestiegen.

1984 wurden 86 v.H. der Flüchtlinge aus Äthiopien, 84 v.H. der Flüchtlinge aus der CSSR, 65 v.H. der Flüchtlinge aus Iran und 62 v.H. der Flüchtlinge aus Afghanistan anerkannt.

Ein zweiter, ganz entscheidender Faktor ist aber die Aussicht, auch im Falle einer Ablehnung des Asylantrages aus humanitären Gründen häufig nicht mit einer Abschiebung in den Heimatstaat rechnen zu müssen." (Rede in Wildbad Kreuth am 21. Februar 1985.)

Es ist also die gestiegene Anerkennungsquote, es sind nachweislich die politisch Verfolgten, die schrecken. Der Titel der Bundesratsinitiative „Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" erweist sich als glatte Lüge. Nicht der Mißbrauch, der Gebrauch wird bekämpft.

In der Bundesrepublik sinken die Ausländerzahlen seit 1983. 1984 waren von 4,7 Millionen Ausländern 104000 Flüchtlinge. Das sind 0,16 Prozent der Gesamtbevölkerung (Frankreich 0,24 Prozent; Schweiz 0,71 Prozent). Anders ausgedrückt: In der Bundesrepublik kommt ein Flüchtling auf 617 Deutsche, in Frankreich auf 333 Franzosen, in den USA auf 213 Amerikaner, in der Schweiz auf 185 Schweizer, in Libanon auf 14 Libanesen, in Jordanien auf 5 Jordanier, in Somalia auf 3 Somalis.

Es sind also die ärmsten Länder der Dritten Welt, die die Hauptlast der Flüchtlingsproblematik zu tragen haben. Der Industriestaat Bundesrepublik weigert sich, auch nur den geringsten Anteil zu tragen.

Vor diesem Hintergrund ist die Bundesratsinitiative insgesamt als unmoralisch und verfasssungswidrig abzulehnen. Im einzelnen ist zu kritisieren:

• Der Asylbewerber soll den Antrag innerhalb von 14 Tagen nach der Einreise stellen müssen. Diese vorgeschlagene Regelung richtet sich insbesondere gegen sorgfältige anwaltliche Beratung und Aufarbeitung des Verfolgungsschicksals. Sie zwingt dazu, Asylanträge „blind" oder ohne Begründung zu stellen. Das Übersetzen von Dokumenten und Heranziehen von Beweismitteln vor der Antragstellung wird unmöglich gemacht. Eine Zunahme von Asylanträgen wird die Folge sein, da die Frist zwingt, den Antrag zunächst einmal fristwahrend zu stellen.

Asylbewerber, die die Frist versäumt haben, werden dazu neigen, die Pässe zu „verlieren", mit der Folge, daß das Einreisedatum nicht nachprüfbar ist.

Da verspätet gestellte Asylanträge als unbeachtlich gelten sollen mit der Folge, daß innerhalb einer Woche gegen Ablehnung vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden muß und zugleich ein Antrag nach §80 (5) VwGO gestellt werden muß, ist eine zusätzliche Belastung der Verwaltungsgerichte mit einstweiligen Verfahren vorprogrammiert. Dies gilt noch mehr für die folgende Änderung:

• Danach soll ein Asylantrag als unbeachtlich (Baden-Württemberg/Bayern) oder offensichtlich unbegründet (Berlin) angesehen werden, wenn offensichtlich ist, daß der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen, in den Geltungsbereich des Gesetzes einreiste. Hiermit wird erstmalig in einem einfachen Gesetz der Versuch unternommen, den Begriff „politische Verfolgung" der Verfassung zu definieren und einzuschränken. Vor allem wird den Ausländerbehörden die Möglichkeit eingeräumt, zu Hunderten Asylanträge als unbeachtlich zu behandeln, sie nicht an das Bundesamt weiterzuleiten und die Betroffenen in Abschiebehaft zu nehmen. Von dort aus sollen diese dann genötigt sein, innerhalb einer Woche gegen den Bescheid zu klagen und einen Antrag nach §80 (5) VwGO zu stellen.

Mit dieser Wochenfrist wird bisher schon seit Inkrafttreten des Asylverfahrensgesetzes im Jahre 1982 das Grundrecht auf Asyl bürokratisch verhindert, vor allem bei Antragstellern, die nicht anwaltlich vertreten sind.

Bei einem Ausländer, der sich in einem Staat, in dem ihm keine politische Verfolgung droht, vor der Einreise in die Bundesrepublik drei Monate oder länger aufgehalten hat, soll vermutet werden, daß er dort Schutz vor Verfolgung gefunden hat.

Eine solche Regelung hat das Bundesverwaltungsgericht im vergangenen Jahr für verfassungswidrig erklärt (BVerwG, Urteil vom 5.6.1984 in „Info Ausländerrecht"; 85, 28). In dieser Entscheidung stellt das Gericht fest: „Danach muß das Recht auf Aufenthalt eine gewisse Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit bieten, eine Lebensgrundlage nach Maßgabe der im Aufnahmestaat bestehenden Verhältnisse zu finden ... Wer im Aufnahmestaat infolge der unter Umständen unvermeidlichen Unterbringung dem Tod durch Hunger oder Seuche ausgesetzt ist, oder wer nichts anderes zu erwarten hat als ein Dahinvegetieren am Rande des Existenzminimums auf nicht absehbare Zeit, der hat als Flüchtling noch keinen Aufenthalt gefunden, der ausreicht, ihm den aus der Sicht des Asylrechts erforderlichen Verfolgungsschutz zu vermitteln." Damit ist die vorgeschlagene „Vermutung", die an einen nur tatsächlichen Aufenthalt — gleich unter welchen Bedingungen — anknüpft, nicht zu vereinbaren.

• Nach jeweils zwei Jahren soll die Voraussetzung der Anerkennung als Asylberechtigter wieder überprüft werden und die Anerkennung widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen (sog. Asyl auf Zeit). Diese Änderung verfolgt hauptsächlich den Zweck, Personen, die nach dem langwierigen Prüfungsverfahren schließlich anerkannt sind, einzuschüchtern und zu verunsichern. Auch die bisherige Gesetzeslage sah eine Widerruf der Anerkennung zwingend vor, wenn sich die Verhältnisse im Heimatland zu Gunsten des Asylberechtigten geändert hatten.

Nunmehr soll mit einem erheblichen Mehr an Verwaltungsaufwand eine kontinuierliche Überprüfung aller Asylberechtigten vorgenommen werden. Dabei ist zu befürchten, daß die Beurteilung von „Demokratisierungsprozessen" (Bsp. Türkei) genauso unhaltbar bleibt, wie sie sich bisher schon darstellt.

Eine solche Regelung wäre zutiefst inhuman, zwänge sie doch auf jeden Fall den in seiner Heimat in der Vergangenheit Verfolgten ohne Rücksicht auf dessen psychische Wunden zur Rückkehr (unter eine solche Regelung wäre auch der dem KZ entronnene Jude nach 1945 gefallen).

• Die Strafbestimmungen des Asylverfahrensgesetzes für diejenigen, die dem Antragsteller helfen, beim Asylverfahren „falsche" oder auch nur „unvollständige" Angaben zu machen, werden verschärft. Dieses Verhalten soll strafbar sein, auch wenn der Täter keinen Vermögensvorteil dafür erhält.

Schon die bisherige Vorschrift bedroht uns Anwälte in unserer Berufsausübung, da wir nach dem Wortlaut der Vorschrift gezwungen wären, um der Vollständigkeit willen auch die für den Antragsteller ungünstigen Umstände vorzutragen. Eine Nötigung zum Parteiverrat enthält diese Regelung, die wohl auch deswegen in der Praxis kaum angewandt wird. Ausgedehnt werden soll die Kriminalisierungsandrohung nunmehr auf alle Mitglieder humanitärer Organisationen, die Asylbewerbern behilflich sind.

• Zuletzt soll der Schutz vor Abschiebung des politisch Verfolgten nach § 14 des AuslG auf abgelehnte Asylbewerber nicht mehr angewandt werden. Damit soll auch der Personenkreis abgeschoben werden, der z.B. die Fristen im Asylverfahren versäumte, deswegen als im Asylverfahren abgelehnt gilt, aber gleichwohl Abschiebungsschutz erhält (z. Zt. z. B. Tamilen).

Ferner sollen alle, die sich bisher auf den Schutz vor Abschiebung berufen, gezwungen werden, einen Asylantrag zu stellen. Für die Ostblockflüchtlinge wurde dies bereits von der Innenministerkonferenz beschlossen. Man schafft sich die Asylbewerberzahlen künstlich, unter deren Druck angeblich alles zusammenbricht.

Keiner dieser skizzierten Vorschläge ist akzeptabel. Sie offenbaren die Einstellung, die der Berliner Senatsdirektor Conen in den Satz faßte: „Das Asylrecht lebt davon, daß es nicht in Anspruch genommen wird.", Es ist die Ethik von Insassen eines Rettungsbootes, die mit den Rudern auf die im Wasser Schwimmenden einschlagen mit dem Ruf: "Unser Boot ist voll!"

Angesichts dessen kommt es darauf an, das Recht auf Asyl zu verteidigen, ohne jede zahlenmäßige Beschränkung. Ein politisches Angehen des Nord-Süd-Konfliktes, solidarische Hilfe für die Dritte Welt und eine Beendigung der Waffenexports muß das Entstehen von Flüchtlingsströmen verhindern. Für jeden einzelnen Fall muß gelten: Im Zweifel für das Asylrecht!



Bericht über das Plenum des ZK vom 7./8.9.85

Die Sitzung des ZK begann diesmal mit einer Überraschung für die Mehrheit der ZK-Mitglieder — mit dem unerwarteten Besuch von zwölf Genossinnen nämlich. Sie waren auf Einladung der Frauenabteilung des ZK gekommen, um ihren Standpunkt zur Quotierungsfrage deutlich zu machen, die bei dieser Sitzung auf der Tagesordnung stand. Die Frauenabteilung hatte dazu drei Anträge vorbereitet (s. die Anträge auf dieser Seite). Nach ausgiebiger Diskussion, die naturgemäß nicht nur um die Frage der Quotierung im engeren Sinn ging, sondern auch allgemeiner um die Haltung der KPD zur Frauenbewegung und um die Situation der Frauen in der KPD, wurde über die Quotierungsanträge alternativ abgestimmt. Dabei ging es nicht darum, ob es überhaupt eine Quotierung geben soll, sondern darum, wie hoch die Quotierung sein soll. Die Frauenabteilung hatte beantragt, daß die Hälfte der Mitglieder des ZK und der Delegierten Frauen sein sollen. Dagegen stand die Auffassung, daß mindestens so viel Frauen im ZK und auf Delegiertenkonferenzen vertreten sein sollen, wie es dem Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der Partei entspricht. Mit einer Gegenstimme entschied sich das ZK für den Antrag der Frauenabteilung.

Anschließend diskutierte das ZK über einige Abänderungsanträge zum Programmentwurf, die die Frauenabteilung vorgelegt hatte. Bei diesen Anträgen ging es vor allem darum, programmatisch festzuschreiben, daß der Kampf zur Befreiung der Frau nicht nur ein Kampf gegen den Kapitalismus, sondern auch ein Kampf gegen die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes ist, weshalb eben dieser Kampf im Kapitalismus eine eigenständige Bedeutung hat und auch in einer sozialistischen Gesellschaft weitergeführt werden muß. Diese Abänderungsanträge, die am letzten Samstag inhaltlich beschlossen wurden, aber noch redaktionell

Fortsetzung auf Seite 8

Antrag des ZK zur Aufhebung des Parteiprogramms von 1977

Der Sonderparteitag der KPD möge beschließen: Das auf dem 3. Parteitag beschlossene Parteiprogramm wird aufgehoben.

Begründung:
Das 1977 auf dem 3. Parteitag verabschiedete Programm enthält unbestritten wesentliche und richtige Schlußfolgerungen des wissenschaftlichen Sozialismus wie die Anerkennung des antagonistischen Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats usw. Das Programm aber ist zugleich Ausdruck unseres früheren abstrakten und dogmatischen Verständnisses des Marxismus-Leninismus, unserer sektiererischen Haltung zum realen Klassenkampf, unserer theoretischen, organisatorischen und politischen Isolierung von der Arbeiterbewegung.

Die Kritik des Kapitalismus als System läßt die konkreten Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung für die Arbeiterklasse weitgehend in den Hintergrund treten. Gerade in diesen für die Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sehr wesentlichen Fragen wird die bürgerliche Politik nicht angegriffen.

Die Kritik des politischen Systems der Bourgeoisie erschöpft sich im wesentlichen in der Feststellung des allgemeinen Klassencharakters des Staates als Instrument der Diktatur der Bourgeoisie. Von allen konkreten politischen Bedingungen wird nahezu völlig abstrahiert. Wahlen, Parlamente, Parteien usw. — alles das erscheint im wesentlichen als politisch nebensächlich, als Einrichtung zur Täuschung der Arbeiterklasse.

Die Anknüpfungspunkte für eine revolutionäre politische Strategie der Arbeiterklasse werden durch das Programm von 1977 so verschüttet statt herausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang negiert das Programm nicht nur die wesentlichen Gründe für die Notwendigkeit der Frontbildung gegen die Reaktion, auch die Gewerkschaftsfrage und die Frage anderer politischer Strömungen in der Arbeiterbewegung werden so gravierend falsch behandelt, daß die entsprechenden Ausführungen des Programms von 1977 den Erfordernissen einer den Bedingungen unseres Landes entsprechenden revolutionären Strategie nach unserem heutigen Erfahrungsstand widersprechen.

Die im Programm von 1977 behauptete große strategische Bedeutung der nationalen Frage erscheint nicht realistisch. Zumindest teilweise ist sie auch unvereinbar mit der marxistischen Auffassung, daß in den imperialistischen Ländern die nationale Frage der Klassenfrage untergeordnet ist.

Die Ausführungen zur Rolle der Partei im Programm entsprechen nicht unserem heutigen Verständnis als KPD. Die Behandlung der Frage der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution im Programm läßt sektiererische Deutungen zu, weil sie inhaltlich nicht mit politisch-strategischen Vorstellungen verbunden ist.

Das Programm von 1977 trägt in seiner Darlegung der sozialistischen Ziele der Partei der Massendiskussion, die über den Sozialismus in der Arbeiterklasse stattfindet, nur unzureichend Rechnung. Gerade die Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in den revisionistischen Lädern erfordert, daß die Kommunisten die unmittelbare Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die direkte Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse programmatisch stark betonen.

Das Programm von 1977 ist seit Jahren schon nicht mehr die wirkliche Grundlage für die Tätigkeit der Partei. Bescheidene politische Fortschritte unserer Partei in den letzten Jahren wurden nicht auf der Grundlage dieses Programms erzielt, sondern gingen einher mit einer allmählichen Entfernung von wesentlichen programmatischen Festlegungen des Programms von 1977.

Das Problem des Sektierertums ist in unserer Partei lange als Problem der Taktik im engeren Sinne und der Arbeitsmethoden diskutiert worden. Tatsache aber ist: die heutige KPD ist vor allem deshalb nicht mehr die KPD/ML der frühen Jahre, weil ihre Tätigkeit im wesentlichen nicht mehr von dem Programm von 1977 ausgeht.

Antrag des ZK an den Sonderparteitag der KPD
Betrifft: Tagesordnung

Das ZK beantragt, die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung für den Sonderparteitag zu erweitern um den Tagesordnungspunkt „Vereinigungsverhandlungen mit der GIM".

Begründung:
Die bisherigen Diskussionen mit dem Politbüro bzw. ZK der GIM über programmatische Fragen haben ein Ausmaß an programmatischer Übereinstimmung deutlich werden lassen, das eine Vereinigung tatsächlich machbar erscheinen läßt.

Das ZK kann deshalb die Vereinigungsgespräche nicht mehr weiterführen, ohne ein klares Mandat der Partei dafür zu haben. Es muß deshalb eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob diese Gespräche mit dem Ziel einer Vereinigung weitergeführt werden sollen oder nicht. Wir meinen, daß der Sonderparteitag das richtige Gremium dafür ist, um diese Frage zu entscheiden.
Dortmund, 8.9.'85

Antrag des ZK an den Sonderparteitag der KPD
Betrifft: Tagesordnung

Das ZK beantragt, die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung im Punkt: „Verabschiedung eines neuen Programms" abzuändern in den Punkt: „Programmdebatte, a) Beschlußfassung über den Antrag auf Aufhebung des bestehenden Parteiprogramms; b) Verabschiedung eines Pramammentwurfs"

Begründung:
a) Die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms wäre an sich dringend notwendig, weil das bestehende Parteiprogramm keine brauchbare programmatische Grundlage für die Partei mehr ist.

Gegen eine solche Verabschiedung spricht aber, daß viele Genossinnen und Genossen sich zwar in der Lage fühlen, eine grundsätzliche Entscheidung über den Charakter und Inhalt des Parteiprogramms zu treffen, die gleichen Genossinnen und Genossen sich aber in einer Reihe von Einzelfragen unsicher fühlen, weil sie bisher in der Programmdiskussion kaum eine Rolle gespielt haben.

Gegen eine solche Verabschiedung spricht auch der Stand der progammatischen Diskussion mit dem Politbüro bzw. ZK der GIM, wonach konkrete Diskussionsgrundlage inzwischen der Programmentwurf der KPD und einige Abänderungsanträge der GIM dazu ist. Dazu kommt, daß auch von anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen kritisiert wurde, daß der Zeitraum von der Veröffentlichung des Programmentwurfs bis zur geplanten Verabschiedung des Programms zu kurz für eine intensivere Diskussion darüber.

b) Da diese Probleme bestehen, es uns aber auf der anderen Seite dringend notwendig erscheint, daß der Sonderparteitag über den Kurs der Programmatik der Partei entscheidet und die in der Partei bestehenden Meinungen zu den im Programmentwurf getroffenen politischen Einschätzungen zusammenfaßt, schlagen wir die oben beantragte Verfahrensweise vor.
Dortmund, 8.9.'85

Antrag des Zentralkomitees an die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen aller Ebenen der Partei

Das Zentralkomitee beantragt, die Delegierten für den Sonderparteitag möglichst paritätisch 50 % Genossinnen und 50 % Genossen zu wählen.

Begründung:
Die bisherigen Wahlen in unserer Partei haben zu einer starken Unterrepräsentierung der Genossinnen der Partei geführt und sie aus dem politischen Willensbildungsprozeß der Partei weitgehend ausgeschlossen. Dies kann nicht weiter Praxis der Partei bleiben.
Wir weisen im weiteren auf die Begründung von zwei Anträgen der Frauenabteilung zum Sonderparteitag hin.

Antrag des ZK an den Sonderparteitag
Betrifft: Statut

In Abänderung des bestehenden Statuts und des vorliegenden Statutentwurfs beantragen wir, der Parteitag möge beschließen, daß der Anteil der Frauen auf den Delegiertenkonferenzen aller Ebenen bis hin zum Parteitag mindestens 50 % der Delegierten betragen soll.

Begründung:
Es ist bekannt und braucht eigentlich nicht wiederholt zu werden, daß der Anteil der Frauen in der BRD über 50 % liegt. Weder in den Gewerkschaften noch in irgendeiner politischen Partei sind Frauen entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke vertreten. Die Zeiten, wo diese Tatsache allein mit der Rückschrittlichkeit der Frauen begründet wird, sind nun selbst in bürgerlichen Parteien vorbei. Ein Mittel, die Frauen in gewerkschaftliche und politische Entscheidungsprozesse einzubinden und jahrhundertelange Diskriminierung aus den Angeln zu heben, ist die Quotierung. Sie besagt nichts anderes, als solange Frauen den Vorzug zu gegen, bis sie in einer festgelegten Prozentzahl in einem bestimmten Gremium etc. vertreten sind.

Die Übermacht der Männer, ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den meisten Gewerkschaften und in allen politischen Parteien hat — auch bei uns — dazu geführt, daß Frauen noch nicht einmal gemäß ihren Anteilen in den entsprechenden Organisationen — bei uns liegt er bei 30 Prozent — in Entscheidungsgremien vertreten sind. Damit ist hinlänglich bewiesen, daß durch rein „demokratisches" Wählen oder nach dem bei uns angewandten „Bestenprinzip" eine einigermaßen akzeptable Vertretung von Frauen nicht möglich ist.

Die Delegiertenkonferenzen der verschiedenen Ebenen bis hin zum Parteitag sind die Entscheidungsgremien unserer Partei, die die Politik der Partei diskutieren, bestimmen und die entsprechenden Leitungen wählen. Hier ist die breiteste politische Willensbildung möglich. Deshalb halten wir hier eine Änderung der bisherigen Praxis der Partei für vordringlich.

Antrag des ZK an den Sonderparteitag
Betrifft: Statut

In Abänderung des bestehenden Statuts und des vorliegenden Statutentwurfs beantragen wir, der Parteitag möge beschließen, daß der Anteil der in das Zentralkomitee zu wählenden Mitglieder und Kandidaten mindestens 50 Prozent Frauen beträgt.

Begründung:
Zu den in Antrag 1 genannten Gründen sind wir der Auffassung, daß der in der Vergangenheit zahlenmäßig äußerst niedrige Anteil von Frauen im Zentralkomitee mit dazu beigetragen hat, daß eine Entwicklung von sozialistischer Frauenpolitik für die BRD mit der allgemeinen politischen Entwicklung unserer Partei nicht nur nicht Schritt gehalten hat, sondern faktisch in den Kinderschuhen steckt. Sozialistische Frauenpolitik und damit politische Aktivierung vonFrauen wird aber für die sozialistische Revolution mehr denn je notwendig sein. Weiter meinen wir, daß die Zeiten vorbei sind, wo die proletarische Frau dem proletarischen Manne bis zur Revolution dient und dann die Revolution die gleichberechtigte Frau hervorbringt ... so wie einst der Phoenix aus der Asche entstieg ...

Was ist los mit dem Erziehungsgeld?

Familienminister Heiner Geißler hat angekündigt, daß ein Gesetzentwurf zum Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld in Kürze im Bundestag eingebracht werden soll. Wir dokumentieren im folgenden eine Stellungnahme des Bundesfrauensekretariats der ÖTV vom Juni '85 dazu. Weitere Beiträge zur Diskussion um das Erziehungsgeld werden folgen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verlangt seit langem die Einführung eines Sonderurlaubs zur Betreuung eines Kindes in den ersten Lebensjahren. Die Gewerkschaft ÖTV hat auf ihrem 9. Gewerkschaftstag 1980 in **Weiterentwicklung** des Mutterschaftsurlaubs ein Gesetz über einen 18monatigen Elternurlaub gefordert, der wahlweise von Mutter oder Vater beansprucht werden kann und Adoptiveltern einbeziehen soll. Dabei sollen das Arbeitsverhältnis und alle Rechte aus diesem aufrechterhalten bleiben. Außerdem soll es ein Kündigungsverbot während dieser Zeit geben. Als Lohnersatz forderten wir ein Entgelt aus öffentlichen Mitteln in Höhe des Arbeitslosengeldes. Die 1979 erfolgte Einführung eines Mutterschaftsurlaubs von vier Monaten wurde von uns als ein erster Schritt in Richtung Elternurlaub bewertet.

Die Bundesregierung will nun ein Erziehungsgeld wahlweise für Väter und Mütter einführen.

Das ist geplant:

Das Erziehungsgeld soll monatlich 600 Mark betragen.

Es soll ab 1. Januar 1986 für zehn Monate nach der Geburt, ab 1. Januar 1988 bis zum zwölften Monat nach der Geburt des Kindes gezahlt werden.

Das Erziehungsgeld soll in den ersten sechs Monaten unabhängig von der Höhe des Einkommens gezahlt werden. Vom siebten Monat ab sind Einkommensgrenzen vorgesehen:

Bis zu einem Jahreseinkommen von 29 400 Mark bei Verheirateten, 23 700 Mark bei Alleinlebenden zuzüglich 4 200 Mark für jedes weitere Kind soll das Erziehungsgeld voll gezahlt werden.

Danach erfolgt eine stufenweise Anrechnung. Das Erziehungsgeld mindert sich um den zwölften Teil von 40 Prozent des die Grenze übersteigenden Einkommens.

Beispiel:

Das Jahreseinkommen beträgt	**33 000 DM**
minus	**29 400 DM**
Die Grenze wird um überschritten.	**3 600 DM**
Davon 40 Prozent	**= 1 440 DM**
Ein Zwölftel von dieser Summe sind	**= 120 DM**

600 Mark minus 120 Mark gleich 480 DM monatlich.

Dieser Betrag wird als Erziehungsgeld gezahlt.

Alarmieren muß es uns jedoch, daß mit Einführung des Erziehungsgeldes der viermonatige Mutterschaftsurlaub und das Mutterschaftsurlaubsgeld wegfallen sollen. Damit wird wieder eine Arbeitnehmerschutzbestimmungen gestrichen!

Das Mutterschaftsgeld für die zweimonatige Schutzfrist nach der Entbindung geht dem Erziehungsgeld vor! Erwerbstätige Mütter erhalten also Erziehungsgeld erst vom dritten Lebensmonat des Kindes an (bei Früh- und Mehrlingsgeburten erst ab dem vierten Monat).

Bei Hausfrauen, Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, ja selbst bei der Millionärsgattin wird das Einkommen nicht angerechnet. Sie erhalten das Erziehungsgeld von der Geburt des Kindes an und bis zum sechsten Lebensmonat ohne Anrechnung vom Einkommen!

Damit erwerbstätige Mütter oder Väter überhaupt Erziehungsgeld erhalten können, muß die Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit reduziert werden (Förderung der Teilzeitarbeit!).

Wer seine Arbeit nicht reduziert und voll arbeitet, geht leer aus.

Für die gleiche Zeit (zehn beziehungsweise zwölf Monate nach der Geburt) wird ein Erziehungsurlaub eingeführt. Der Arbeitgeber soll das Arbeitsverhältnis während des Erziehungsurlaubs und bis zum Ablauf von zwei Monaten danach nicht kündigen können. Aber diese Vorschrift ist noch umstritten und wird besonders vom Koalitionspartner FDP in der Bundesregierung heftig bekämpft. Nach den Beschlüssen des CDU-Parteitags in Essen ist ohnehin nur noch eine „Beschäftigungsgarantie" zu erwarten.

Der Erziehungsurlaub bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes soll in der Rentenversicherung mit 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten angerechnet werden.

Auswirkungen:

Die Bundesregierung hat 1983 zur Konsolidierung des Bundeshaushalts mit als erstes das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750 Mark auf 510 Mark monatlich gesenkt. Die nun geplante Anhebung auf 600 Mark monatlich ist zwar zu begrüßen. Sie macht aber für die erwerbstätigen Mütter den durch die Kürzung erlittenen Einkommensausfall noch lange nicht wett.

Vor allen Dingen ist zu kritisieren, daß der Mutterschaftsurlaub aus dem Mutterschutzgesetz herausgelöst werden soll. Der Mutterschaftsurlaub ist ein arbeitsrechtliches Schutzgesetz. Das Mutterschaftsurlaubsgeld hat Lohnersatzfunktion. Insofern besteht ein erheblicher Unterschied zwischen Mutterschaftsgeld und Erziehungsgeld. Nunmehr soll ein arbeitsrechtliches Schutzgesetz in eine familienrechtliche Leistung umgewandelt werden. Dagegen müssen wir uns wehren. Die **Lohnersatzfunktion** muß auf jeden Fall erhalten bleiben.

Erwerbstätige Mütter müssen ihre Erwerbsarbeit auf Grund der Geburt unterbrechen. Daher muß ihr Lebensunterhalt während dieser Zeit gesichert werden. Müßten sie auf Erwerbseinkommen beziehungsweise Lohnersatz verzichten, hätten sie überhaupt keine Chance, beim Kind zu bleiben. Das hat nichts mit familienrechtlichen Leistungen zu tun.

Der Mutterschaftsurlaub ist — wie in der Gesetzesbegründung nachzulesen ist und auch Ende Januar 1985 noch einmal durch das Bundesarbeitsgericht bestätigt wurde — nicht zum Zweck der Kinderbetreuung eingeführt worden, sondern aus Gründen des Gesundheitsschutzes der Mutter gegenüber Belastungen am Arbeitsplatz. Außerdem war er als Schonzeit gedacht. Insofern soll der Erziehungsurlaub in den ersten sechs Monaten auch ausschließlich der Mutter gewährt werden. Erst danach sollte eine Wahlmöglichkeit zwischen Vater und Mutter bestehen.

Nichterwerbstätige Mütter müssen keine Erwerbsarbeit unterbrechen und haben keinen Lohnausfall. Sie müssen daher auch nicht in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, und sie müssen nicht vor Erschwernissen des Arbeitslebens geschützt werden. Deswegen erhalten sie auch kein Mutterschaftsgeld.

Das Erziehungsgeld ist also kein Lohnersatz. Es soll auch denen gewährt werden, die keinen Lohnausfall haben. Folglich wird das Erziehungsgeld für die Erziehung des Kindes gezahlt. Nun leisten aber auch erwerbstätige Eltern Erziehungsaufgaben. Selbst wenn sie während ihrer Arbeitszeit einer anderen Person oder einer Kinderkrippe die Betreuung des Kindes überlassen, fallen dennoch Erziehungsaufgaben an. Nur Böswillige können das bestreiten. Hinzu kommt, daß für die zeitweise „Fremdbetreuung" nicht unerhebliche Kosten aufgewandt werden müssen. Daher darf das Erziehungsgeld nicht gegen das Mutterschaftsgeld aufgerechnet werden. Es muß neben dem Mutterschaftsgeld gezahlt werden.

Die jetzigen Pläne der Bundesregierung richten sich gegen die erwerbstätigen Mütter. Das Erziehungsgeld ist im Grunde eine „Rücktrittsprämie vom Arbeitsplatz" und ein „Zuschuß zur Abdrängung in Teilzeitarbeit". Das Recht auf Rückkehr an einen Vollzeitarbeitsplatz ist nicht vorgesehen. Außerdem ist die Anrechnung des Mutterschaftsgeldes



Viele Gewerkschafterinnen befürchten, daß das Erziehungsgeld die Rolle der Frauen als industrielle Reservearmee festschreiben soll.

ungerecht. Vor allem sind die Frauen benachteiligt, die im ersten Lebensjahr des Kindes an ihren Vollzeitarbeitsplatz zurückkehren müssen, weil das Erziehungsgeld zum Leben nicht reicht. Sie gehen dann leer aus.

Obwohl formal auch Väter das Recht auf Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub erhalten sollen, werden sie voraussichtlich nur im geringem Umfang davon Gebrauch machen. Männer verdienen in der Regel mehr als Frauen und werden nicht bereit sein, auf ein ausreichendes Einkommen zugunsten von höchstens 600 Mark Erziehungsgeld zu verzichten. So kann sich das vorgesehene Gesetz gerade für berufstätige Frauen nachteilig auswirken. Die Benachteiligung würde bei ihnen um so schwerer wiegen, da erwerbstätige Mütter über ihre Steuer zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben bereits ihren Beitrag leisten, während die Gruppe der Nichterwerbstätigen keinen Pfennig zahlt. Insofern muß auch die Behauptung der Regierung, das Mutterschaftsgeld wäre ein „Zweiklassenrecht", das die erwerbstätigen Mütter bevorzugt, zurückgewiesen werden. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Darüber hinaus haben Ehepaare mit nur einem Verdiener durch das Ehegattensplitting bereits erhebliche Vorteile gegenüber berufstätigen Ehepaaren, so daß es im Grunde zu einer doppelten Benachteiligung der erwerbstätigen Mütter kommen würde.

Der Mutterschaftsurlaub muß als Schutzgesetz erhalten bleiben.

Die Streichungen beim Mutterschaftsurlaubsgeld müssen zurückgenommen werden. Das Erziehungsgeld darf nicht mit dem Mutterschaftsgeld aufgerechnet werden. Es ist — um Ungerechtigkeiten zu vermeiden — allen Eltern zu gewähren. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob und wie beide Elternteile erwerbstätig sind und ob die Erziehung selbst übernommen wird oder nicht.

Fortsetzung von Seite 7

überarbeitet werden, werden in der nächsten Ausgabe des RM veröffentlicht.

Statutdiskussion

Das ZK diskutierte außerdem über verschiedene Fragen der innerparteilichen Demokratie, über die Rolle der Grundeinheiten usw. und die Behandlung dieser Fragen im Statutentwurf. Diese Diskussion wird auf dem Plenum am 5./6. Oktober fortgesetzt und das ZK wird sich bemühen, dort zu konkreten Entscheidungen darüber zu kommen, welche der vorliegenden Abänderungsanträge zum Statutentwurf es selbst ebenfalls für richtig hält und unterstützt. Es ist geplant, diese Beschlüsse dann in der Ausgabe des Roten Morgen, in der alle Anträge an den Sonderparteitag veröffentlicht werden, ebenfalls zu veröffentlichen.

Konkret hat das ZK am letzten Wochenende über die Frage entschieden, ob dem Statutentwurf eine Präambel vorangestellt werden soll. Die Mehrheit des ZK hat sich dafür ausgesprochen. Das ZK schlägt vor, den Formulierungsvorschlag der Zelle Druck/Stuttgart als Diskussionsgrundlage für eine solche Präambel zu nehmen. Der Vorschlag lautet:

Vorschlag für eine Präambel zum Statut der KPD

Von einem Genossen der Zelle Druck Stuttgart, die den Vorschlag befürwortet

I. Im Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse ihre tagtäglichen Kämpfe nur erfolgreich bis hin zur Beseitigung der Herrschaft des Kapitals, zur Errichtung ihrer eigenen politischen Herrschaft und schließlich zur Abschaffung aller Klassen entwickeln kann,

a. wenn sie ihre eigene ständig von der kapitalistischen Konkurrenz hervorgebrachte Zwietracht überwindet;

b. wenn sie lernt, die Absichten, Theorien und Handlungen der Kapitalistenklasse und ihrer Vertreter in allen Bereichen der Gesellschaft zu durchschauen, insbesondere der in ihren eigenen Reihen wirkenden Kräften der Versöhnung mit dem Kapital und der Unterwerfung von Arbeiterinteressen unter sein Diktat eine Absage erteilt;

c. wenn sie Vertrauen in die eigene Kraft und ihre Fähigkeit gewinnt, die Geschicke der gesamten Gesellschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen;

d. und sie so zur in ihrer Mehrheit politisch einig handelnden Klasse wird, die in der Lage ist, auch die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten mit sich zu reißen,

II. haben sich Arbeiter/innen und Menschen aus anderen Schichten des Volkes freiwillig in der KPD zusammengeschlossen,

a. um die Kämpfe der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse nach Kräften voranzubringen, in ihnen stets die Gesamt- und Zukunfsinteressen der Klasse zu vertreten und zu einem möglichst organisierten und koordinierten Zusammenwirken der westdeutschen und internationalen Arbeiterklasse beizutragen;

b. um mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und der geschichtlichen und aktuellen Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung die jeweilige politische Lage zu analysieren und sich auf dieser Grundlage für wirksame Forderungen, Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Arbeiterbewegung einzusetzen;

c. um so schließlich der Arbeiterklasse zu ermöglichen, im Bündnis mit anderen gegen das Kapital gerichteten Schichten und Kräften ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

III. Die KPD verpflichtet sich

a. ihre gesamten Fähigkeiten sowie materiellen und organisatorischen Mittel in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen;

b. ihre Mitglieder stets zu vorbildlichem persönlichem Einsatz für die Sache der Arbeiter anzuhalten;

c. um der Ziele der Arbeiterklasse willen sich, wo immer dies möglich ist, für ein wirksames gemeinsames Handeln aller Menschen und Organisationen einzusetzen, die dazu bereit sind;

d. alles in ihren Kräften Stehende für die politische und organisatorische Vereinigung aller Kommunisten zu unternehmen.

IV. Die KPD ruft alle klassenbewußten Arbeiter/innen und fortschrittlichen Menschen dazu auf, ihren persönlichen Beitrag zur Stärkung der kommunistischen Bewegung zu leisten.

Tagesordnung des Sonderparteitags

Das ZK beschloß zwei Abänderungsanträge zur Tagesordnung für den Sonderparteitag (s. auch Bericht über das letzte Plenum des ZK). Beide Anträge sind in diesem RM veröffentlicht. Weiterhin führte das ZK eine erste Vordiskussion über Inhalte und Ablauf des für Februar geplanten 6. Parteitags der KPD.

Buchtip

„Denn sie wissen, was sie tun“

Im März dieses Jahres veröffentlichte der Rote Morgen eine Artikel über die Entwicklungshilfepolitik BRD/Nicaragua. Unter dem Titel **„Die Wende kam schon 1981“**, berichteten wir über eine Arbeit zweier Sozialwissenschaftler, die die öffentlichen und privaten Entwicklungshilfeprojekte aus der BRD zu Nicaragua analysierten. (RM 13/85 Seite 9).

Damals waren erste Teile der obengenannten Untersuchung öffentlich gemacht worden, jetzt liegt die gesamte Arbeit vor.

Der herausgebende Verlag schreibt dazu: *„Die Idee zu diesem Buchprojekt entstand vor gut einem Jahr, als das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vier bereits zugesagte ASA-Projekte in Nicaragua kurzerhand strich. ASA steht für „Auslands- und Studienaufenthalte in Asien, Afrika und Lateinamerika“ Es ist ein universitäres Stipendienprogramm, das seit 25 Jahren existiert und — obwohl vom BMZ finanziell gefördert — seine in den Statuten festgelegte Programmautonomie bisher weitgehend ausüben konnte.*

Die Teilnehmer des ASA-Jahrgangs 1984 beschlossen, dieses massive Eingreifen nicht geduldig hinzunehmen. So entstand die Idee, ein Projekt zu fördern, das die Boykottpolitik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua untersuchen und öffentlich machen sollte“.

Das jetzt erschienene untersucht die staatliche Entwicklungspolitik gegenüber Nicaragua und beschreibt Selbstverständnis und Projekte der in Nicaragua arbeitenden Nicht-Regierungsorganisationen ebenso wie Aktivitäten der Solidaritätsbewegung.

Manfred Ernst, Ali Schwarz: **„... Denn sie wissen, was sie tun“ Zwischen Solidarität und Boykott Die BRD und Nicaragua.**

Erschienen beim Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL, 320 Seiten, 19,80 DM.

Zu bestellen beim Vertrieb der Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61, oder beim **RM-Verlag**, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30. 19,80DM plus Versandkosten).

Ein Krieg gegen Kinder

Südafrika brennt

ANC kritisiert die EG

Am vergangenen Wochenende zeigten die Kämpfe in Südafrika, daß das Rassistenregime unter anderem auch einen blutigen Krieg gegen Kinder führt. Sieben von elf Opfern des Polizeiterrors, die am Samstag bei Kapstadt zu Grabe getragen wurden, waren unter 20 Jahren alt, das jüngste Opfer ein zwei Monate altes Baby, das nach einer Tränengasattacke der Polizei im Schwarzenviertel von Crossroads starb.

Bei der oben erwähnten Trauerfeier demonstrierten über 15000 Schwarze. Bei dieser, wie anderen Demonstrationen tauchen immer öfter die grün-gelben Fahnen des ANC auf, der verbotenen Befreiungsbewegung Südafrikas.

Der Krieg, den das Rassistenregime gegen die Schwarzen führt, richtete sich auch deswegen immer schärfer gegen Kinder und Jugendliche, weil diese ein ganz entscheidender und sehr kämpferischer Teil des Widerstands gegen die Apartheid sind. Jetzt hat die südafrikanische Regierung 454 der 904 Schulen für Schwarze im Raum Kapstadt geschlossen. Damit sind 360000 junge Farbige ausgesperrt. Vor kurzem wurden die Schüler noch mit Polizeigewalt in die Schulen getrieben. Die südafrikanische Regierung hat jetzt auch die Schülerorganisation COSAS verboten, die die Schülerboykotts und viele Schülerdemonstrationen organisiert hat. Hunderte Schüler müssen sich wegen der Teilnahme an diesen Aktionen vor Gericht verantworten.

Am Rande der Konferenz der Blockfreien Staaten in Luanda hat ein Sprecher des ANC die Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Südafrika als Verrat an den Hoffnungen der vielrassischen südafrikanischen Bevölkerung bezeichnet. Alfred Nzo vom ANC sagte, die Informationskreise der EG-Ministerdelegation habe die Apartheidregierung moralisch gestärkt, trotz ihres erklärten Ziels, die Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen zu überprüfen, bedeute die Reise eine Anbiederung der EG an das Rassistenregime.

Am vergangenen Wochenende wurden verstärkte Kämpfe auch aus den bisher weitgehend ruhigen Wohnvierteln der Weißen gemeldet. Der Vorsitzende des Afrikanischen Nationalkongresses Oliver Tambo, hat dazu in einem Interview erklärt, der Kampf gegen die Apartheid müsse jetzt in die den Weißen vorbehaltenen Wohngebiete getragen werden. *„Die Leute haben die Townships* (die Wohnviertel der Schwarzen, RM) *unregierbar gemacht. Nächstes Ziel ist es, die Apartheid überall funktionsunfähig zu machen“*, sagte OliverTambo, der den eingekerkerten Präsidenten des ANC, Nelson Mandela, vertritt.



Renault-Arbeiter protestieren



Die Demonstration in Paris ...



... und der Polizeieinsatz dagegen

PARIS. — Militante Aktionen der Renault-Arbeiter fanden Ende August in Paris statt. Die Gewerkschaft CGT hatte aufgerufen, gegen den verstärkten Re-Import von Renault-Automobilen zu demonstrieren. Die Gewerkschaft wirft der Firmenleitung des staatlichen Automobilkonzerns vor, im vergangenen Jahr 160000 Wagen aus Spanien importiert und damit 8000 Arbeitsplätze eingespart zu haben. Die Renault-Arbeiter protestierten auch dagegen, daß ganze Anlagen nach Spanien zur Billigproduktion überführt werden. So hatten sie am 28. August bei Bordeaux und Bayonne, nahe der französischen spanischen Grenze mehrere Stunden lang einen Güterzug gestoppt, der Werkzeugmaschinen aus einem Renault-Werk in Douai in Nordfrankreich in eine spanische Filiale transportieren sollte. Die französische Polizei mußte die Blockade gewaltsam beenden. Dennoch wurde der Zug nach Bombendrohungen und anderen Aktionen noch zweimal gestoppt, bevor er nach Spanien fahren konnte.

In Paris blockierten einen Tag später über 50 neue importierte Renaults den Champs Elysée. Nach Angaben der Firma Renault sind diese Fahrzeuge aus einem Werk im Pariser Vorort Genevilliers „gestohlen“ worden. Etwa 60 Arbeiter hätten das Werk gestürmt, die Wachen überwältigt sowie Telephon- und Telexleitungen gekappt. Mehrere hundert Arbeiter demonstrierten dann mit den Beweisstücken für den Arbeitsplatzabbau beim Staatskonzern Renault auf der Prachtstraße der Hauptstadt. Wilde Schlägereien gab es dann, als Polizeieinheiten mit Knüppeln und Tränengas gegen die Arbeiter vorgingen.

Generalstreik in Bolivien



Schon einen Monat nach ihrem Amtsantritt sieht sich die neue konservative Regierung Boliviens scharf mit der Arbeiterbewegung konfrontiert. Ihr neues Wirtschaftsprogramm, das die gegenwärtig etwa 14000prozentige Inflation stoppen soll, geht voll auf Kosten der kleinen Leute. Dagegen ist ein Generalstreik ausgerufen worden, der auch weitgehend befolgt wurde. Die Arbeiter- und Bauernbewegung, die als eine der kampfstärksten Lateinamerikas gilt, wehrt sich gegen ein Regierungsprogramm, das ganz im Sinne der internationalen Banken und des Währungsfonds IWF die Lasten der Krise auf die Schultern des Volkes abwälzen will. Die Regierung stützt sich bei ihrer Politik vor allem auf die großen Privatunternehmer und hat die Zustimmung der Polizei und des Militärs.

Nach Protesttag

Verhaftungswelle in Chile

Am vergangenen Mittwoch kam es anläßlich eines Nationalen Protesttages in Chile zu großen Kämpfen des Volkes mit der Staatsmacht. Der Protesttag fand an einem bedeutenden Jubiläum statt. Am 4. September 1970 — vor 15 Jahren war Salvadore Allende Präsident Chiles geworden.

Der Nationale Protesttag war vom „Nationalen Arbeiterkommando“ (CNT) und verschiedenen Oppositionsgruppen ausgerufen worden. Ein neues bürgerliches Oppositionsbündnis gegen Pinochet — dem die Linke nicht angehört — hatte dagegen mobilisiert. Dennoch gingen in ganz Chile tausende auf die Straßen. In vielen Städten kam es zu machtvollen Demonstrationen gegen die Diktatur. Pinochets Polizei und das Militär erschossen mindestens sechs Personen, am Mittwoch wurden midestens 400 Menschen festgenommen, in den Tagen danach bis hinein ins Wochenende lief eine große Verhaftungswelle.

Verhaftet wurden Vertreter der Oppositionsgruppen, führende Vertreter von Gewerkschaften- und Studentenorganisationen und viele andere. Hundert Studenten aus Santiago wurden am Donnerstag beim Sturm der Polizei auf die Ingenieurschule der Chile-Universität verschleppt.

Das chilenische Regime kann sich nur noch mit Terror wehren. In einem Erlaß des Militärbefehlshabers von Santiago, General Vidal, heißt es *„Randalierer, Plünderer, Saboteure und Terroristen“* müßten damit rechnen, daß die Behörden auch außerhalb der gültigen Gesetze gegen sie vorgehen würden. Als wenn noch irgendein Gesetz der Pinochet-Diktatur Schranken auferlegen würde!



In der vergangenen Woche in Chile

Die Forderungen in Chile nach Beendigung der Diktatur und der Gewährung demokratischer Freiheiten sind nicht unterzukriegen. Die Polizeimorde, die Verschleppungen, all der staatliche Terror hat den Widerstand nicht brechen können. In dieser Woche, am 11. September, begeht Diktator Pinochet sein 12jähriges „Amtsjubiläum“. Wie er die Macht gewonnen hat, mit Putsch, Mord und Terror, so regiert er auch. Wie lange noch?

Die bundesdeutsche Bombe — made in Südafrika

Handlungen von Firmen, Bankiers, Staatsanwälten, Wissenschaftlern Politikern, in Südafrika, die zur Erzeugung von Atomwaffen dienen

Gelder aus Westdeutschland bzw. Nazi-Fluchtkapital finanzierten 1948 maßgeblich den siegreichen Wahlkampf der burischen Nationalen Partei in Südafrika gegen das vorherrschende britische Kapital. Damit standen dort eine gleichgesinnte Herrschaftsgruppe und Uran den in Westdeutschland/Bundesrepublik weiter herrschenden Kräften für die seit 1939 versuchte Herstellung von Atombomben zur Verfügung. Auch mit den 1954 unterzeichneten Verträgen von Brüssel und Paris wurden Herstellung, Lagerung und Entwicklung von A-B-C-Waffen außerhalb bundesdeutschen Territoriums, also z.B. in Südafrika, nicht verboten. Erst der Atomwaffensperrvertrag, dessen Inkraftsetzung von den Bundesregierungen bis 1975 verzögert wurde, untersagte das.

Nazi-A-Bomben-Aktivisten wie Dr. H. Verleger und Prof. R. Haul sowie die Atomwissenschaftler Prof. W.E. Frahn aus Aachen, Dr. H.G. Denkhaus aus Karlsruhe, B. Eisinger, W. Lutsch stehen für hunderte von Personen aus der BRD, die in Südafrika (S.A.) z.T. seit 1949 die Schritte zur A-Bombe ebneten. Zuarbeit leisteten in der BRD z.B. Prof. Wilke, Clausthal-Zellerfeld, Prof. Erikson, Bonn, Prof. Appel, Karlsruhe, Wissenschaftler der KFA Jülich, des KFZ Karlsruhe, des Mahn-Meintner-Instituts, Berlin, der Universitäten Marburg, Frankfurt usw.

Anfänglich waren die bundesdeutsch-südafrikanischen Aktivitäten auf die Erzeugung von Plutonium mit Hilfe des offiziell von Allis Chalmer, USA gebauten und international kontrollierten Reaktors Safari I und des offiziell von Südafrika alleine gebauten Reaktors Safari II, der keiner Kontrolle unterliegt, gerichtet. In Wirklichkeit sind Safari I von der heutigen Siemens-Tochter Allis Chalmer, GHH und Hochtief sowie Safari II von Siemens, GHH und Hochtief gebaut worden. Von folgenden Firmen sind in diesem Zusammenhang stehende Lieferungen für atomare Aktivitäten in S.A. bekannt: Degussa, Ffm, Höchst, Ffm, Delbag, Berlin, Freudenberg, Weinheim, Gedore, Remscheid, Lederle, Freiburg, Brandt & Kritzler, Wenden, Mannesmann, Madrid, Demag, Duisburg, August-Thyssen-Hütte, Ddf, Klöckner, Duisburg, Emil Adolff, Reutlingen, Heräus-Vötsch, Hanau, Vacuumschmelze, Hanau.

Ab ca. 1968 war neuer Schwerpunkt die Gewinnung von hochangereichertem Uran mit Hilfe des für die Bundesregierung (über ihre 90-prozentige Teilhabe an der GfK Karlsruhe) patentierten Trenndüsenverfahrens. (S. z.B. „Erwiderung, Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland-Südafrika", AAB, Bonn 1979). Die Anlage wurde von Steag, Essen, GfK Karlsruhe und Linde, Höllriegelskreutz entworfen. Die entscheidenden Trennelemente wurden von Siemens geliefert, Spezialkompressoren von GHH, Isotopenmeß- und Überwachungssysteme von Varian MAT, Bremen, Spezialventile von Leybold Heräus, Köln, Gastrennungsgeräte von Linde, die Nickel-Galvanisierung besorgte Langbein-Pfannhauser-Werk, Neuß, der TÜV Rheinland versuchte die Funktionsfähigkeit der Lieferungen zu garantieren. Südafrikanische Nukleartechniker kamen dafür ins KFZ Karlsruhe und zu Steag. Steag-Techniker arbeiteten, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz sie auf ihre Loyalität gegenüber der südafrikanischen Regierung überprüft hatte, in der hochgeheimen Anlage Valindaba in Südafrika. Und zumindest die Lieferungen der Firma MAN/GHH wurden mit NATO-Kodifizierungsnummern durch das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versehen. Nach Absprache mit Bundesverteidigungsminister Leber kontrollierte der Beauftragte der Bundesregierung bei der NATO, General Rall, im Herbst 1974 heimlich und unter falschem Namen reisend, die Anlage.

Die Urananreicherungsanlage kann nur für militärische Zwecke vorgesehen sein, da die kontrollierten Reaktoren Safari I und Koeberg nur Brennelemente aus kontrollierten Anlagen benutzen dürfen und Safari II nur minimal angereichertes Uran benötigt.

Am 22. September 1979 explodierte über den südafrikanischen Prince Edward Inseln ein nuklearer Sprengsatz. Technische Daten und das Fehlen von Hinweisen auf Flugzeuge oder Raketen sprechen dafür, daß er mit einer 155-mm-Artilleriegranate transportiert wurde. Die Anlage zum Füllen derartiger Granaten wurde von der Firma Rheinmetall unter Beteiligung von Otto Junker, Lamersdorf, Süddeutsche Eisen- und Baubeschläge, München, und Wasag, Sythen errichtet.

Die Firma Kärcher, Winnenden hat ABC-Dekontaminationsanlagen an die südafrikanischen Militärs geliefert. Da die Nachbarstaaten über keine ABC-Waffen verfügen, können sie nur zum Schutz vor durch die südafrikanischen Militärs verursachten und wohl auch geplanten ABC-Auswirkungen gedacht sein.

Anlagen zur Produktion von Atombombenspaltstoff, Trägersystem- und Schutzvorrichtungen kommen also aus der Bundesrepublik Deutschland. Anzeigen von Mitgliedern der Anti-Apartheid-Bewegung zwangen die Staatsanwaltschaften in z.B. München und Köln sowie Ermittlungen der UNO die Staatsanwaltschaften in Düsseldorf zu offiziellen Ermittlungen gegen Siemens, Leybold Heräus, Rheinmetall. Trotz eindeutiger Beweislage hat es aber z.B. die Staatsanwaltschaft in München seit fast neun Jahren und die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf seit fast acht Jahren geschafft, eine Bestrafung der Verbrecher bei Rheinmetall und Siemens zu verhindern, obwohl die Lieferungen völkerrechtswidrig und damit verfassungswidrig sind. Das verwundert nicht so sehr, wenn man weiß, daß auch der ehemalige Bundesanwalt Buback freundschaftlichen Umgang mit dem Vermittler der Atombombenaktivitäten, Rassisten-Botschafter D. B. Sole pflegte.

Finanziert wurden und werden die Bombenaktivitäten durch Kredite der Deutschen Bank (Abs, Christians), Dresdner Bank (Ponto, Häusgen), Commerzbank (Lichtenberg). Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau finanzierte unkontrollierte Urangewinnung für die BRD in Südafrikas Palabora-Bergwerk sowie die Elektrizitätsversorgung der geplanten Urananreicherungsanlage mit Hilfe des Stroms aus Cabora Bassa, Mosambik. Hauptakteure wie Siemens erhalten so große Forschungsgelder, daß sie seit Jahren weniger Steuern zahlten als sie an Subventionen erhielten!

Alle bisherigen Bundesregierungen haben die militärisch orientierten atomaren Entwicklungen und Produktionen in Südafrika gefördert. Besonders aktiv waren Strauß, Lücke, Stoltenberg, Schmidt, Genscher, Dohnanyi, Lambsdorff sowie Staatssekretär Haunschild.

Mit Hilfe des 1963 abgeschlossenen Kulturabkommens wird der Austausch von Wissenschaftlern offiziell gefördert. Nur die Bundesrepublik Deutschland unterhält ein derartiges Abkommen mit der Apartheid-Regierung. Auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens werden die Steuerzahlungen bundesdeutscher Firmen in Südafrika an die südafrikanische Regierung für die Steuerschuld gegenüber der Bundesregierung angerechnet. Dieses Abkommen wurde 1975 in Kraft gesetzt und zwar rückwirkend für zehn Jahre. Damit schenkte die Bundesregierung den in Südafrika tätigen bundesdeutschen Unternehmen Milliarden an DM. Auch die Rückdatierung des Wirkungsbeginns über zehn Jahre ist einmalig.

Mit Lügen und Verleumdungen haben die bisherigen Bundesregierungen auf die Tatsachen ihrer nuklearen Zusammenarbeit mit Pretoria reagiert. Der African National Congress hat mit den Veröffentlichungen „Nuclear Conspiracy" 1975 und „Nuclear Conspiracy Continued" 1977 diese Zusammenarbeit aufgedeckt. Er wird sie sicherlich auch beendigen.

04/09/85 Wolff Geisler

Anmerkung:
Wolff Geissler befaßt sich seit Jahren vor allem mit den bundesdeutschen Waffen- und Atomgeschäften mit dem südafrikanischen Rassistenstaat und gilt als einer der kompetentesten Experten auf dem Gebiet. Er ist u.a. Mitautor des im letzten RM empfohlenen Buches „DM Investitionen in Südafrika" und als Referent bzw. Redner für Veranstaltungen zum Thema Südafrika sehr zu empfehlen.

Atombomben „made in Germany"?

Unter diesem Motto fnd vom 6.—9. September in Bonn-Beuel eine bundesweite Alternativkonferenz statt. Alternativkonferenz deshalb, weil ebenfalls im September in Genf die 3. internationale Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz abgehalten wird. Dort kommen die Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages zusammen, um über Einhaltung und mögliche Verbesserung dieses Vertragswerkes zu beraten.

Daß eine Alternativkonferenz notwendig gewesen ist, sollte außer Zweifel stehen, auch wenn der Publikumsbesuch mit ca. 200 Personen die unterste Erwartungsgrenze der Organisatoren kaum überschritten haben dürfte. Gut zwanzig Organisationen und Initiativen aus der Friedens-, Antiatomkraftwerks- und Dritte-Welt-Bewegung stellten den Trägerkreis und mindestens ebensoviele den Unterstützerkreis. Darüber hinaus waren noch etliche Bundestagsabgeordnete der Grünen und auch der SPD als Unterzeichner daran beteiligt.

Ausgangspunkte der Konferenz waren folgende Überlegungen: Seit nahezu 30 Jahren wird in der Öffentlichkeit die Illusion geschürt, die zivile Atomtechnik ließe sich von der militärischen eindeutig trennen. Tatsächlich wurden und werden auch in der Bundesrepublik mit der zivilen Atomenergie die technologischen Voraussetzungen für eine militärische Nutzung der Atomenergie, einschließlich der Herstellung nuklearer Waffen, fortlaufend verbessert. Je deutlicher die von bestimmten Leuten ursprünglich gehegten energiepolitischen Hoffnungen in die Atomenergie verblassen, um so markanter kommt die militärische Seite dieser janusköpfigen Technologie zum Vorschein. Bei der kleinen Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe und der geplanten großen WAA in Wackersdorf handelt es sich um militärische Schlüsseltechnologien, ohne die eine Herstellung moderner Atomwaffen nicht denkbar ist. Sie dienen dem Ziel, das in Atommeilern gewonnene Plutonium abzutrennen. In Wackersdorf sollen pro Jahr fünf Tonnen Plutonium abgetrennt werden, genug für etwa 500 Atomsprengköpfe.

Im Ausland ist die dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 (u.a. Lieferverträge über Wiederaufarbeitungstechnik und Urananreicherungsanlage) wohl bekannt.

In der BRD selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein weitgehend tabuisiert.

Die von Unionspolitikern wiedereröffnete Diskussion über eine „Europäische Atomstreitmacht" unter Ausnutzung westeuropäischer Initiativen für eine „Europäische Union" und die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe und die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf haben erstmals das Thema Proliferation (Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht.

Mit ihrem aktiven Eintreten für atomare Aufrüstung und gegen einen atomaren Teststopp trägt die Bundesrepublik zudem Mitverantwortung für die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages, der die Atomwaffenstaaten ausdrücklich zur Abrüstung verpflichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich lange dagegen gewehrt, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. 90 Unionspolitiker, darunter die heutigen Minister Wörner, Mertes und Zimmermann stimmten selbst noch 1974 im Bundestag gegen die Ratifizierung dieses Vertrages. Über einen offiziellen Vorbehalt bei der Ratifizierung hat sich die BRD ausdrücklich die Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht offengehalten.

Aber nicht nur Unionspolitiker brachten und bringen die Westeuropäische Union (WEU) ins Spiel, sondern auch der auf der Konferenz vertretene SPD-Bundestagsabgeordnete Catenhusen. Daß seine Ausführungen bzw. Vorschläge keine Alternative der Friedens-, Anti-AKW- und Dritte-Welt-Bewegung sein können, wurde auch von zahlreichen Teilnehmern der Konferenz deutlich gemacht. Hier die Kernaussagen von Catenhusen:

„Eine Europäisierung der Verteidigung stellt für uns Sozialdemokraten einen sinnvollen Schritt dar, der unter den Prämissen gefordert wird, daß

- eine einseitige Verabschiedung aus der NATO Instabilität erzeugt, und
- daß eine verstärkte europäische Zusammenarbeit dazu beitragen kann, europäische Interessen stärker gegenüber den USA zur Geltung zu bringen.

Europäische Interessen sind z.B.

- Verzicht auf das Streben nach militärischer Überlegenheit
- Erhalt der NATO als Regionalbündnis, Absetzen von der globalen Strategie der USA.

Ziel einer Selbstbehauptungsstrategie ist also nicht eine verstärkte Einbindung Westeuropas in globale Strategien der USA. Ziel der SPD ist vielmehr eine konventionelle Umrüstung, die schrittweise auf eine Defensivstruktur im Sinne einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit abzielt. Eine solche Defensivstrategie verzichtet aber nicht auf ein Grundmaß an atomarer Abschreckung für eine Übergangsphase. (...)

In dem Sinne glaubt die SPD auch nicht auf Diskussionen über eine atomare Abschreckung im Rahmen von Defensivkonzepten verzichten zu können. Schrittweise sollen zumindest die Atomwaffenpotentiale in Europa nur noch in den Atomwaffenstaaten selbst stationiert werden dürfen."

Was soll das für eine Verteidigung sein, die sich nicht von der NATO verabschiedet? Ist es nicht vielmehr so, daß gerade die kriegstreiberische Politik der NATO Inhalt, ist und Kriegsgefahr fördert? Verstärkte europäische Zusammenarbeit — Wer arbeitet denn da zusammen? Haben die westeuropäischen Imperialisten etwa friedliche Absichten? Kann man darüber hinaus so naiv sein, anzunehmen, daß wir die Politik der SPD in Regierungszeiten vergessen hätten? Die Militär- und Atompolitik, und das wurde auf der Konferenz nochmals deutlich, hat Kontinuität unabhängig von den Parteien, die in Bonn regieren und ist nicht etwas völlig Neues. Konventionelle Umrüstung paßt genau in das Konzept von Air Land Battle mit einem Grundmaß an atomarer Abschreckung. Dieses Grundmaß haben uns z.B. die Pershings ins Land gebracht. Es ist aber auch davon auszugehen, daß „Europäisierung der Verteidigung" letztlich auch bedeutet, daß die BRD damit offiziell Atomwaffenstaat wird.

Fazit der Konferenz ist, daß mit umfassenden allseitigen Materialien dargelegt wurde, wie die BRD seit ihrer Gründung systematisch den Weg zur Atombombe beschritten hat. In den folgenden Nummern des RM wird darauf weiter eingegangen.

Rede von Ramiz Alia, 1. Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens

Wir werden unsere erfolgreiche Politik fortsetzen

Am 26. August hielt Genosse Ramiz Alia, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens in Korça eine ausführliche Rede. Da dies eine der ersten Grundsatzreden des neuen 1. Sekretärs der PAA nach dem Tode des Genossen Enver Hoxha war, dokumentieren wir im folgenden einige Auszüge. (In eigener Übersetzung nach dem englischsprachigen Text der albanischen Nachrichtenagentur ATA, Überschrift und Zwischenüberschriften von der Redaktion RM).

Ganz Albanien wurde, so wie Korça in diesen 40 Jahren freien Lebens verändert. Dieser Zeitraum bedeutet eine große geschichtliche Bestätigung. Er beweist, welch enorme Schritte ein freies, unabhängiges, souveränes Volk in einer verhältnismäßig kurzen Zeit tun kann. Er beweist ebenso, daß es nicht die Schuld des Volkes war, wenn Albanien einst ein Herd der Armut in Europa war. Die Schuld dafür lag bei den Regimes der alten Zeit...

Das sozialistische Albanien, unter Führung der Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, verwirklichte die große Idee des Marxismus-Leninismus, die Abschaffung jeglicher Art von Ausbeutung des Menschen. Die Partei und unsere neue Volksmacht versahen das Volk mit der Möglichkeit, Herr von allem zu werden, was es angeht, Herr des eigenen Schweißes und der Arbeit, der Geschicke des Landes...

Es gibt keine Kraft der Welt, die uns diese Erfolge nehmen kann, diese Früchte des nationalen Befreiungskrieges und des sozialistischen Aufbaus, die durch Blut und Schweiß des Volkes errungen wurden. Wir werden diese Errungenschaften stets mutig verteidigen und dafür arbeiten, sie weiter zu konsolidieren, voranzubringen.

Unser sozialistisches Heimatland ist stärker denn je. Wir haben eine vielfältige entwickelte Wirtschaft, fortgeschrittene Kultur und Erziehung, eine Staatsmacht, die dem Volk gehört und eine unbezwingbare Verteidigung. Unser Land genießt weltweit einen guten Namen und eine ehrenhafte internationale Position. Nie in der jahrhundertealten Geschichte war Albanien in einer so fortgeschrittenen und blühenden Lage.

Eine neue zahlreiche Branchen umfassende Industrie, die sich auf Grundlage eigener Rohstoffe entwickelt, gestützt auf die Reichtümer des albanischen Bodens und Untergrunds, auf die Arbeit und die Fähigkeiten unseres Volkes, wurde in unserem Land aufgebaut. Sie sichert die Erfüllung der wichtigsten Bedürfnisse des Volkes nach industriellen Gütern, in beträchtlichem Ausmaß sorgt sie für die weitere industrielle Entwicklung und Ausdehnung...

Unser Volk ist stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung

Unser Volk ist stolz auf die Fortschritte in der Schwer- und Leichtindustrie, stolz auf metallurgische Kombinate und riesige Wasserkraftwerke, chemische und Textilfabriken, stolz auf alle die Dinge, die das Ergebnis der marxistisch-leninistischen Politik der Partei zur sozialistischen Industrialisierung des Landes sind.

Insbesondere können wir heute mehr denn je die weise Voraussicht der Politik der Partei und des Genossen Enver Hoxha schätzen, die Entwicklung vor allem im Energiesektor anzupacken, durch Investitionen im Öl- und Gassektor, durch die Entwicklung von Kohlezechen und die Errichtung eines ganzen Systems von Wasserkraftwerken. Die Politik der Eigenständigkeit wäre ohne eine starke unabhängige Energiebasis nicht zu verwirklichen.

Eine radikale Veränderung in unserem Land erlebt die Landwirtschaft. Unser Land, einst bedeckt von Sümpfen, vertrocknet und verlassen, erzeugt heute Nahrung nicht nur für 1 Million Menschen wie vor der Befreiung, sondern für 3 Millionen. In recht kurzer Zeit wurden durch die Agrarpolitik der Partei die alten Träume unserer patriotischen Bauern nach Land, Brot, Kenntnissen und Fortschritt erfüllt. Dies ist Ergebnis der Kollektivierung des Bodens und der Arbeitsmittel... Heute hat unser Land nicht nur eine gefestigte Wirtschaft und eine entwickelte Kultur, sondern auch eine unbezwingbare Verteidigung, unsere Grenzen sind unantastbar.

Albanien hat seine Verteidigung niemals mit der sogenannten Sicherheit der Supermächte verbunden, die diese ihren Vasallenstaaten zubilligen oder mit den Militärblocks und -verträgen. Unsere Partei sah die Grundlage der Verteidigung des sozialistischen Heimat in der Stärke des bewaffneten Volkes und der Volksarmee, die sie mit den zur Erfüllung ihres Auftrages nötigen Mitteln versah.

(...)

Unsere nationale Lage ist sehr gesund. Das Volk ist mehr denn je um die Partei vereint. (...)

Ausdruck dieser Lage war die hohe Weisheit, die unser Volk in jenen schweren Tagen zeigte, da wir unseren legendären Führer Genossen Enver Hoxha verloren. (...)

Die Gegenwart, die wir geschaffen haben, ist schön, die Zukunft wird sogar noch besser sein. Die Partei steht kurz davor, die Arbeit am neuen Fünfjahrplan zu beenden, das ganze Volk beteiligte sich an seiner Ausarbeitung, wie dies in unserem Lande üblich ist, und ein Ausdruck breiter Demokratie und eine Voraussetzung für einen wirklich mobilisierenden Plan. Es gibt kein Rechensysten, kein Planungsorgan, keine Programmiermethoden, die die Beteiligung des Volkes ersetzen könnten.

Mit unseren eigenen Kräften und Ressourcen wird ein noch größerer Plan für Investitionen und Großbauten in allen Bereichen verwirklicht werden.

(...)

Zur internationalen Lage

Typisch für die gegenwärtige internationale Lage ist die völlige Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kräfte der beiden Supermächte, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, um ihre völlige Vorherrschaft auf allen Kontinenten und in allen Ländern zu errichten. Deswegen versuchen die Supermächte den jeweils anderen zu überbieten vor allem auf militärischem Gebiet.

Die Steigerung des Wettrüstens hat, wie es logisch ist, zu einer Verschärfung der Konfrontation beider Supermächte geführt, neue Spannungen geschaffen und neue Fragen aufgeworfen.

Ein neuer Aspekt in dieser Konfrontation ist, daß die Spannungen von den Vorhöfen an die Grenzlinien beider Blöcke getragen werden. Mittelstreckenraketen werden auf beiden Seiten Europas stationiert, es gab die polnischen Ereignisse, es gibt das Anheizen auf dem Balkan, im Libanon wurde der Brand gelegt. Auch die Gewässer des Mittelmeeres blieben bewegt, kamen nicht zur Ruhe.

Natürlich wird die internationale Lage keineswegs allein von den Aktivitäten der imperialistischen und reaktionären Kräfte bestimmt. Sie wird genauso durch die Stärkung und deutliche Steigerung des Widerstandes der Völker und der fortschrittlichen Kräfte charakterisiert, durch die Anstrengung mittlerer und kleiner Staaten, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Das hindert die Supermächte daran, ihre jeweiligen Pläne auf die Weise zu verwirklichen, wie sie es wünschen.

Auch die aggressive Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Mächte führt heute zu einer Verschärfung der internationalen Lage. Durch Schulden und Kredite, über das bestehende internationale Finanzsystem und das wirtschaftliche System im allgemeinen habe sie eine monströse Maschine zur Unterwerfung und Versklavung der Völker in der ganzen Welt geschaffen. Schulden gab es auch früher, aber die Ausmaße, die sie in diesen letzten zehn bis fünfzehn Jahren angenommen haben, sind eine neue Erscheinung. In Wahrheit sind sie ein neues Mittel zum Ausbau der Hegemonie und Vorherrschaft der großen und reichen Länder, nicht durch Waffen wie einst, sondern durch Dollar und Rubel. Viele Ländr stehen heute am Rande des Bankrotts wie Brasilien, Argentinien und Mexiko und andere lateinamerikanische Länder, wie Polen und Jugoslawien in Europa, mehrere asiatische Staaten und fast alle Staaten in Afrika.

Hinzu kommt, daß die großen kapitalistischen Mächte alle Anstrengungen unternehmen, das technologische Monopol über die neuen Industrien und in den wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsgebieten in den eigenen Händen zu halten. Weltmärkte zu usurpieren und Monopolpreise zu diktieren.

In Europa benehmen sich die Supermächte als wahre Herren ihrer beidseitigen Einflußsphären, den betreffenden Staaten wurde sogar die Souveränität über die eigene Landesverteidigung genommen. Die Amerikaner und Sowjets sprechen in Genf und keiner weiß, was sie beschließen werden. Aber jeder weiß, daß alles, was da beschlossen wird, auch mit Deutschland und Polen, mit Britannien und der Tschechoslowakei zu tun haben wird — aber sie müssen warten, was die beiden für sie beschließen.

Keine Beziehungen zu USA und UdSSR

Unser Land war und bleibt ein entschiedener Gegner der aggressiven Politik des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, ein unnachgiebiger Gegner jeder reaktionären, bürgerlichen und revisionistischen Ideologie. Unsere Haltung zu ihnen bleibt klar. Albanien hatte keine Beziehungen zu den USA und der UdSSR, welcher Art auch immer. Dies nicht wegen einer Laune oder aus Angst, sondern aufgrund der absoluten Gegnerschaft zu jeglichem politischen Schritt beider Supermächte. (...)

Unser Land war und ist für gute Beziehungen mit den anderen Staaten. Dies wird bewiesen durch die diplomatichen Beziehungen, die wir mit den meisten Staaten der Welt aufgenommen haben und pflegen. Es gibt in Europa lediglich zwei, drei Staaten, mit denen wir bisher keine Beziehungen aufgenommen haben und dies liegt darin begründet, daß es mit diesen Staaten offene Fragen gibt, die es zu lösen gilt. Mit Britannien beispielsweise die Frage des gestohlenen albanischen Goldes. (...)

Die albanisch-griechischen Beziehungen entwickeln sich heute sehr gut. Bemerkenswerte Fortschritte wurden im Bereich des Handels, des Kulturaustausches und des Tourismus erreicht. Gute Perspektiven gibt es auch in anderen Bereichen gemeinsamen Interesses.

(...)

Wir hätten auch gerne normale und freundschaftliche Beziehungen zu Jugoslawien. Unglücklicherweise ist dies nicht die Wirklichkeit. Trotz unserer Anstrengungen blieb die jugoslawische Politik stets fest auf antialbanischen Grundlagen. Die Machthaber Jugoslawiens, vor und nach dem Kriege wollten niemals die unumkehrbaren geschichtlichen Realitäten annehmen, die entstanden sind, die Existenz der albanischen Nation und des albanischen Staates.

(...)

Wenn in Belgrad damit begonnen wird, anders über die Albaner und über Albanien zu denken, dann werden sie in uns Partner finden, die zur Zusammenarbeit in jeder Hinsicht, die der Freiheit und Unabhängigkeit unserer Länder dient, bereit sind. Wir haben uns noch nie in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt, und wir werden dies auch künftig nicht tun. Sie müssen selbst ihre politischen, wirtschaftlichen, nationalen und anderen Probleme lösen.

Aber niemand kann uns daran hindern, unser Heimatland und unser sozialistisches Systen zu verteidigen, wenn sie, sei es von Belgrad oder von anderswo her, angegriffen werden, und niemand kann uns auch daran hindern von Los unserer albanischen Brüder in Jugoslawien zu sprechen und sie zu verteidigen, wenn sie unterdrückt, verfolgt, verachtet und beleidigt werden, nur weil sie Albaner sind.

Weder offene noch geschlossene Türen

Unsere Politik gegenüber den Nachbarländern wie gegenüber allen anderen Staaten ist eine dauerhafte, prinzipielle Politik. Jene, die Veränderungen in unserer Linie erwarten, die übliche Akte eines unabhängigen und souveränen Staates als „Öffnung" Albaniens als Tendenzen in dieser oder jener Seite zu nähern interpretieren, vergeuden ihre Zeit. Albanien öffnet sich weder noch verschließt es sich, es geht den bisherigen Weg weiter, den Weg, der die Freiheit und die Unabhängigkeit sichert, die Verteidigung des Sozialismus, den guten Namen ind er Welt.

Die Außenpolitik der SVR Albanien ist die Politik, die vom Genossen Enver Hoxha ausgearbeitet wurde und die auf den Parteitagen bestätigt wurde. Sie entspricht den Interessen des Volkes und des Sozialismus. Sie genießt die absolute Unterstützung des Volkes, deswegen wird unsere Partei sie entschieden und dauerhaft anwenden, sagte Genosse Ramiz Alia abschließend.

Zur Kritik der KG(NHT) am Programmentwurf

Im Zuge der Programmdebatte im RM heute auf dieser Seite zwei Artikel, die sich mit den Kritiken der Genossen Karuscheit und Schröder von der KG(NHT) am Programmentwurf des ZK der KPD befassen. Diese Kritik, die in einer Broschüre des VKT Verlages erschienen ist (siehe RM 36/85 — Gemeinsame Beilage) ist den Lesern des RM recht ausführlich bekannt: Auszüge daraus waren sowohl im RM 35 enthalten, als auch in der Gemeinsamen Beilage 3/85, die dem RM 36/85 beilag. Zusätzlich ist in dieser Ausgabe ein Leserbrief des Genossen Schröder, der sich zwar konkret mit einem Artikel im RM befaßt, aber um dieselbe Frage sich dreht.

Uns erschien, daß vor allem zwei Fragen, die die Genossen aufwerfen, wichtig genug sind, sich damit auseinanderzusetzen: Die Frage nach dem Charakter des Programms — im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Klassenanalyse und die Frage der Einschätzung der Sozialdemokratie. Dazu die beiden heutigen Artikel.

Über andere Punkte, wie etwa die Einschätzung bundesdeutscher Außenpolitik, ließe sich sicher auch trefflich streiten, und man kann und muß sich auch darüber auseinandersetzen, sollte aber nicht zu der Schlußfolgerung kommen, daß hier Trennlinien für die Existenz unterschiedlicher Organisationen aufzubauen wären, (es sei denn in Fortsetzung alter Praxis). Dazu im weiteren Verlauf der Debatte noch mehr.

Klassenanalyse Fehlanzeige?

Die Genossen Karuscheit und Schröder kritisieren u.a. das Fehlen einer Klassenanalyse im Programmentwurf des ZK der KPD. Auch in unserer Partei gibt es Genossinnen und Genossen, die in dieser Frage einen schwerwiegenden Mangel des Programmentwurfs sehen.

Weil wir das Programm im wesentlichen als Zusammenfassung der politisch-strategischen Auffassungen und Ziele einer Partei verstehen, meinen wir, daß eine Klassenanalyse so wenig in das Programm gehört wie etwa Ausführungen über die „Rolle der Partei". Richtig aber ist, daß unserem Programmentwurf eine bestimmte Beurteilung der Klassenteilung der Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenz zugrundeliegt.

Der Programmentwurf benennt die Arbeiterklasse als Hauptkraft der Revolution, wobei erläutert wird, daß ein Großteil der Angestellten und ein Teil der Beamten zur Arbeiterklasse gehört.

Als Hauptgegner wird die Kapitalistenklasse mit dem Finanzkapital als ausschlaggebendem und führendem Faktor dargelegt.

Der Programmentwurf spricht von den Mittelschichten zwischen Proletariat und Bourgeoisie und zwar in zweierlei Hinsicht: einmal nimmt er positiv Stellung zu politischen Inhalten, die politische Haltung der fortschrittlichen Teile der Mittelschichten wesentlich bestimmen, um die bündnispolitischen Möglichkeiten darzulegen, andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Mittelschichten im Zentrum reaktionärer Mobilisierungsstrategien gegen die Arbeiterbewegung stehen.

Das Interesse der Genossen Karuscheit und Schröder konzentriert sich verständlicherweise auf die Frage der Mittelschichten, der Grenze zwischen lohnabhängigen Mittelschichten und Arbeiterklasse und den Veränderungen in der Arbeiterklasse selbst.

Unser Programmentwurf geht offenkundig von der These aus, daß das durch Kleinbesitz an Produktionsmitteln charakteristische klassische Kleinbürgertum (Bauern, Handwerker, Ladenbesitzer) für die Bündnispolitik nur noch von geringer Bedeutung ist. Das zeigt ein Blick in die Statistik, derzufolge 87 Prozent der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt sind. Das zeigt sich aber auch daran, daß in den politischen Bewegungen, die sich neben der Arbeiterbewegung gegen die herrschende bürgerliche Politik richten (demokratische Bewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung, Frauenbewegung) das klassische Kleinbürgertum kaum eine Rolle spielt, Teile der neuen Mittelschichten dagegen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ stark daran beteiligt sind.

Der Programmentwurf geht von der Annahme aus, daß die Ausweitung des Angestelltenbereichs gegenüber dem klassischen Arbeiterbereich nicht bedeutet, daß die Arbeiterklasse immer kleiner wird, sondern daß im Angestelltenbereich eine starke Proletarisierungstendenz wirksam ist, daß also ein großer Teil der Angestellten heute bereits zur Arbeiterklasse zu rechnen ist bzw. von seiner objektiven Lage her der proletarischen Klassenlage weitgehend angenähert ist.

Das drückt sich politisch in der wachsenden gewerkschaftlichen Organisierung von Angestellten aus.

Gerade weil dies ein Prozeß ist, ist die Frage der Genossen Karuscheit und Schröder „Aber wo sind die Grenzen zwischen ‚Arbeiterklasse' und lohnabhängigen ‚Mittelschichten' zu ziehen...?" ziemlich abstrakt, zumal es zwar im Rahmen der Mehrwertproduktion eine eindeutige Definition der Arbeiterklasse gibt, woraus sich aber keineswegs eindeutige Kriterien für die Zugehörigkeit einzelner Werktätiger oder bestimmter Gruppen von Werktätigen zur Arbeiterklasse ableiten lassen.

Die Genossen Karuscheit und Schröder zeigen in ihrer Kritik neben einigen Spitzfindigkeiten und Mißverständnissen vor allem auf, daß der Programmentwurf eine Reihe klassenanalytischer Probleme nicht behandelt. Das ist auch unsere Meinung und die Genossen zitieren eine entsprechende Stellungnahme unseres Zentralkomitees. Nur ist das Aufzeigen dieser Lücken eigentlich noch keine Kritik am Programmentwurf. Wir meinen, daß die Festlegungen des Programmentwurfs vorsichtig und lükkenhaft sind, aber eben ausreichend, um den im Programmentwurf dargelegten strategischen Orientierungsrahmen zu begründen. Solange die Genossen Karuscheit und Schröder nicht plausibel machen können, inwiefern es wahrscheinlich ist, daß gerade das Auffüllen der von ihnen festgestellten Lücken zu völlig anderen als den in unserem Programmentwurf enthaltenen programmatischen Schlußfolgerungen führen würde, solange scheint uns ihre Kritik in dieser Frage auch nicht schwerwiegend zu sein.

Letztlich läuft ihre Kritik darauf hinaus, daß unser Programmentwurf sich nicht als der Weisheit letzter Schluß erweisen würde. Offengesagt: wenn sie damit recht behalten, wären wir nicht sonderlich überrascht. Nur: wer sich so auf „Lücken" kapriziert, verhält sich nicht zu der Frage, ob das, was der Programmentwurf positiv entwikkelt, ausreichend ist für eine gemeinsame politische Tätigkeit der revolutionären Sozialisten in einer Partei.

Beschönigung der SPD?

„Die Wende": Ein Hirngespinst?

An verschiedenen Stellen haben die Genossen Karuscheit und Schröder unterstrichen, daß die Frage der Einschätzung der SPD für sie ein ganz zentraler Kritikpunkt am Programmentwurf des ZK der KPD ist.

„Den eigentlichen Kernpunkt unserer Kritik aber bilden die Aussagen zur Formierung der Reaktion und zur Sozialdemokratie. Sie unterstellen eine von den Autoren nicht näher nachgewiesene Rechtsentwicklung in der BRD und betreiben dabei zugleich eine Verharmlosung der Sozialdemokratie, indem der Entwurf das Schwergewicht auf einen vermeintlichen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien legt."

Soweit die allgemeine Zusammenfassung dieser Kritik durch die Autoren selbst. Was damit konkret gemeint ist, davon kann man sich beispielsweise am Leserbrief des Genossen Schröder in diesem RM nochmals überzeugen.

Die Argumente, die angeführt werden, lauten dabei (für jeden nachzulesen): Auch die SPD habe Sozialabbau betrieben, was eine echte Linie der Konfrontation mit den Gewerkschaften sei, könne man wohl in Britannien, nicht aber hierzulande sehen, eine Unterscheidung zwischen den bürgerlich-demokratischen Parteien sei nutzlos bis schädlich und diene nur dazu, die Kommunisten ins Schlepptau der SPD zu bringen.

Nun, bevor dazu etwas gesagt werden soll, muß man schon noch auf einen unserer Auffassung nach besonders unerfreulichen Aspekt dieser Kritiken hinweisen: Das stete Bemühen darum, dem Programmentwurf bzw. seinen Autoren zu unterschieben, das sei alles nur im Hinblick auf eine Vereinigung mit der GIM so geschrieben. Dies als eine Leitlinie der Kritik, obwohl die Autoren, sei es über Publikationen, sei es über die Debatten auf der gemeinsamen Vollversammlung oder aus direkten Gesprächen, die Entwicklung der Politik der Partei sehr wohl kennen: Das erscheint in der Tat als unaufrichtiger taktischer Winkelzug.

Ansonsten: Niemand bestreitet ernsthaft (und wer sich einigermaßen mit den Publikationen der Partei befaßt hat, wird dies auch bestätigen müssen), daß auch wir die SPD für Sozialabbau und viele andere kritisieren und bekämpfen.

Ebensowenig bestreitet irgendjemand, daß die Konfrontation auf der Insel wesentlich schärfer ist als hierzulande. Was die KPD seit dem Regierungswechsel im Herbst 82 gesagt hat, war, daß die damalige SPD/FDP-Regierung nicht in der Lage war, gegen die Gewerkschaften alle im Sinne des Kapitals nötigen Krisenmaßnahmen zu treffen, weil sie sonst ihre entscheidende gesellschaftliche Basis verloren hätte und als Partei, sei es verändert, sei es zerrieben worden wäre. Was selbstverständlich verallgemeinert heißt, daß es für diese Partei eine Handlungsgrenze gibt, an die sie ihre führende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung bringt. Daraus zieht der Programmentwurf bestimmte Schlußfolgerungen. Diese sind für jeden, der die Entwicklung unserer Politik verfolgt hat, nicht neu und nicht überraschend.

Wenn die Genossen Karuscheit und Schröder dem entgegenstellen, daß es einerseits nur einen Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie gäbe, also die Unterscheidung zwischen Parteien der politischen Reaktion und der niemals anders als bürgerlich bezeichneten Sozialdemokratie hinfällig wäre, und andererseits es gerade jetzt auf die Kritik an der Sozialdemokratie (als der nach links ausgreifenden Partei des Kapitals) ankomme, so kann beides nur resultieren aus dem angestrengten Bemühen der Autoren, in vielen Pubilkationen nachzuweisen, daß sich faktisch an der BRD-Politik seit dem Regierungswechsel so gut wie nichts geändert habe.

Wer sich dann gar dazu versteigt zu behaupten, die Wende habe bereits 81 stattgefunden, der muß sich fragen lassen, warum denn gerade da? Warum denn nicht mit Schmidts Kanzlerschaft, als im wesentlichen das Ende von Reformmaßnahmen, die auch der Arbeiterklasse zugute kamen, erreicht war (und nicht aus personellen Gründen) und die Politik sozialer Kürzungen einsetzte. Dies wurde bei jeder Krise verschärft und die von den Kritikern geleugnete Wende signalisierte den Unterschied von Kürzungen zu Systemveränderungen — vor allem in der Sozialpolitik. Dies sind einfach Tatsachen, deren Kenntnis man bei soviel mit theoretischen Arbeiten befaßten Genossen voraussetzen kann.

Die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie führen, heißt heute, unserer Auffassung nach, sie vor allem in den Gewerkschaften entlang der Fragestellung Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf zu führen und diese Frage in allen politischen Bereichen aufzuwerfen und das ist es, was die Existenz einer eigenen Kommunistischen Partei (auch gegenüber den Grünen) entscheidend rechtfertigt und nichts anderes, außer dem Zentralen: dem sozialistischen Ziel.

Der faktische Unterschied zwischen den verschiedenen zyklischen kapitalistischen Krisen der letzten Zeit in der BRD bestand doch — unter anderem, aber sehr wesentlich — darin, daß zu Beginn der Krise Mitte der siebziger Jahre die Kassen der Sozialversicherungen noch voll waren, während sie zu Beginn der Krise am Anfang der achtziger Jahre bereits weitgehend geleert waren — diese Situation war mit eine der entscheidenden Ursachen dafür, daß die Kapitalisten und ihre Verbände (und nicht die SPD, wie in der Kritik unterstellt wird) anfingen, die Losung von der Notwendigkeit einer gesellschaftspolitischen Wende auszugeben und es waren die Konservativen und die Liberalen, die dies aufnahmen.

Niemand bestreitet ernsthaft, daß die SPD eine bürgerliche Partei ist — im Programmentwurf wird dies anhand der Fragen wie Notstandsgesetze, Aufrüstung, Berufsverbote usw. festgehalten. Niemand kann auch ernsthaft bestreiten, daß die SPD in ihrer Regierungszeit, vor allem nach der Anti-Strauß-Wahl eine Politik betrieben hat, die dieser Wende Bahn machte. Aber rundweg soll hier erneut bestritten werden, daß es keine wesentliche Veränderung der Regierungspolitik gegeben habe durch die CDU-Kanzlerschaft. Wer dies bestreitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß ihm mehr am Dogma liegt als an den Tatsachen — und dafür sind die Genossen der KG (NHT) normalerweise nicht bekannt.

Dies wird man sicherlich in der weiteren Auseinandersetzung um diese Fragen auch an einzelnen Feldern der Politik durchprüfen können und müssen. Wobei man sich vor voreiligen Urteilen hüten sollte. So ist es beispielsweise eine Tatsache, daß die revolutionäre Linke lange Jahre allzu schnell mit der Kriegsgefahrtrommel zur Hand war. Wie es auch eine Tatsache ist, daß in der SPD-Regierungszeit aufgerüstet wurde. Aber nur daraus und aus eventuell bestehenden aktuellen Verzerrungen von Organisationen der revolutionären Sozialisten nun den Umkehrschluß ziehen, da habe sich ausschließlich politische Kontinuität in der „Entspannungspolitik" angesammelt, erscheint ebenso falsch und voreilig wie direkt umgekehrte Schlüsse. Aber dies soll eine nötige konkretere Auseinandersetzung nicht vorwegnehmen, nur andeuten.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + + Leserb

Wendebilanz à la Sozialdemokratie

In der Nr. 31/32 des RM findet sich ein über zweiseitiger Artikel zur „Zwischenbilanz der Bonner Wende". Kursorisch werden dort die Sozial- und Wirtschafts, die Innen-, Außen- und Militärpolitik der Kohl/Genscher-Regierung behandelt. Wie der Titel mit der Übernahme des SPD-Begriffs „Wende-Regierung" bereits nahelegt, kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß in all diesen Bereichen ein Umschwung nach rechts stattgefunden hat. Kernpunkt dieser Entwicklung seien die Sozialpolitik und Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung. „Die reaktionäre Wendepolitik ist wohl am offensten angegangen und auch deutlich geworden im sozialpolitischen Bereich. (...) Wie gesagt, der entscheidende Angriff der Rechtskoalition wurde und wird gegen die Gewerkschaften geführt." (S. 8) Als Beleg für diese Auffassungen werden ein Zitat aus der „Zeit" (Wochenzeitung, die in vielem der SPD nahesteht) neuer Herausgeber: H. Schmidt) sowie eine Reihe von Zahlen ohne Quellenangaben angeführt. Ist dies bereits methodisch wenig sauber, so wird die Argumentation des Artikels durch die Ausklammerung des Sozialabbaus der SPD/FDP-Koalition **offen unehrlich**. Wer antritt, eine grundlegende „Wende" in der Regierungspolitik aufzuzeigen, kann dies ja nur im Vergleich vorheriger und jetziger Regierungspolitik tun. Genau diesen Vergleich aber scheut der Artikel auf allen Gebieten.

Bei der Beurteilung der Sozialpolitik führt dies dazu, bereits von der SPD/FDP-Regierung beschlossene Maßnahmen einzig der „Wende-Regierung" anzulasten. Hier einige Beispiele: „Die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung wurden von '82 bis '85 mit 170 Mrd belastet, der Industrie wurden 35 Mrd. zugeschoben." (ebd.) Eine Quelle für diese Zahlen wird ebensowenig angegeben, wie auch nur die wichtigsten Gesetze und Haushaltsmaßnahmen benannt werden, die die Umverteilung zugunsten des Kapitals bewirkt hätten. Hinzu kommt die politische Janusgesichtigkeit des Jahres '82. Es bescherte uns sowohl sozialliberale wie unionsliberale Sparmaßnahmen. Enthalten die 170 Mrd. nur die letzteren oder vielleicht auch noch die sozialliberalen Umverteilungen? Auf diese, vom Autor aus Absicht oder Unkenntnis im Dunkel gelassenen Maßnahmen sei kurz hingewiesen: „Mit der Sparoperation 82 beschritt die SPD endgültig den Weg über die Opferung der Leistungsschwachen. Neben den 6,5 Mrd. DM an Bundesbankgewinnen wurde der Haushalt mit Einsparungen in Höhe von 14,5 Mrd. DM auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten, der unteren Einkommensklassen und auf dem Rücken der Arbeitslosen ‚saniert'. Dies war nur möglich über den erstmaligen Einbruch in Kernbereiche der Lohnersatzleistungen. (...) Der von der sozialliberalen Koalition verabschiedete Haushaltsplan inklusive seiner Nachoperationen führte zu einer Belastung der Arbeitnehmer um 10,7 Mrd. DM und einer Entlastung der Unternehmer um 2,9 Mrd. DM. Hinzu kam für die Arbeitnehmer die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die zunächst von 3 auf 3,5 Prozent und dann — als sich im Oktober ein zusätzliches Finanzloch abzeichnete — auf 4 Prozent angehoben wurden. Bis 1985 soll die ‚Operation 82' den Unternehmern 8,5 Mrd. einbringen, den Arbeitnehmern dagegen Belastungen um fast 62 Mrd. DM." (Matthias Arkenstette u.a., Sozialdemontage, Vom Sozialstaat zur konservativen „Wende", VSA, Hamburg 1982, S. 56) Diese 1. „Operation 82" datiert vom Juli 1981. Anfang 82 folgte die zweite. Ihr Kern: Investitionszulage und Kreditverbilligung fürs Kapital sowie Rentebetrug, Unterhöhlung des Vergleichsmietenprinzips und Mehrwertsteuererhöhung auf 14 Prozent für die Massen. (Letzteres wurde von der Unionsmehrheit im Bundesrat abgelehnt.) Im Juli '82 dann die dritte Operation, der Bundeshaushalt 1983. „Nachdem die Koalition gerade die ‚Operation 82' als große Leistung gefeiert hatte, zeichnete sich für den Haushalt 83 eine Finanzierungslücke von ca. 18 Mrd. DM ab. Nach wochenlangen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialliberalen Koalition wurden auf der Grundlage des Kanzlervorschlages Einsparungen im Haushalt 83 von über 10 Mrd. DM vorgesehen.

- 8 Mrd. Kürzungen im Sozialbereich machten den Löwenanteil an den Gesamteinsparungen aus.
- Die Kürzungen des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung (ca. 1,5 Mrd. DM) und an die Arbeitslosenversicherung (6,3 Mrd. DM), bedeuten, daß die Bundesregierung zur Bewältigung ihrer Haushaltsprobleme die Finanzmassen der Sozialversicherung heranzieht und die Kosten auf Beitragszahler und Leistungsempfänger abwälzt." (ebd., S. 59) Alles in allem summieren sich die zusätzlichen Belastungen für die Lohnabhängigen durch die „Operation 83" bis 1985 auf über 23 Mrd. DM. (ebd.)

Wie zu sehen ist, hat die SPD/FDP-Regierung im Laufe eines Jahres (Juli 81 bis Juli 82) durch gesetzgeberische Maßnahmen eine Umverteilung von über 85 Mrd. DM bis 1985 zuungunsten der Werktätigen beschlossen. Unterstellen wir, daß besagte 170 Mrd. DM Umverteilung wirklich nur der Kohl/Genscher-Regierung anzulasten sind, so hat dieselbe innerhalb der dreifachen Zeit gerade das Doppelte an Sozialabbau auf den Weg gebracht.

Richtiger aber dürfte sein, daß ein beträchtlicher Batzen dieser 170 Mrd. DM noch auf Beschlüsse der SPD/FDP-Regierung zurückzuführen ist, deren Realisierung in die Zeit der Kohl/Genscher-Regierung fällt und damit von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern einzig dieser Regierung angelastet werden. Dieser Verdacht verstärkt sich, folgen wir der Argumentation des RM-Autors weiter: „Bis zum Beginn des Jahres 1984 hatte sie (gemeint ist die „Wende-Regierung", A.S.) uns bereits beschert: auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld:

- Einsparungen im Sozialhaushalt von 6,7 Mrd. DM gegenüber Zuwendungen an die Konzerne von 29,0 Mrd.
- Kürzungen des Kranken-, Mutterschafts- und Kindergeldes
- Abschied von der bruttolohnbezogenen Rente, Erhöhung der MWSt." (RM 31/32, S. 8)

Da der Umfang eines Leserbriefes detailliertes Eingehen auf diese Fragen unmöglich macht, hier nur drei kurze Hinweise zu diesen Behauptungen:

1. Die Erhöhung der MWSt war bereits von der sozialliberalen Koalition beschlossen worden (zweiter Akt der Operation 82).

2. Der Abschied von der bruttolohnbezogenen Rente geschah bereits **1978 mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz** und wurde in den benannten „Operationen" fortgesetzt.

3. Den 6,7 Mrd. Einsparungen im Sozialhaushalt stehen runde 8 Mrd. Einsparungen im Sozialbereich allein im letzten Haushaltsplan der SPD/FDP-Regierung gegenüber. Wo ist da die Wende?

Resümee: Die eingangs kritisierte unseriöse Beweisführung des Artikels hat politische Konsequenzen. Die **Wende** in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, **die 1980/81 als Folge der Wirtschaftskrise begann**, wird einzig den Unionsparteien und der FDP angelastet. Die SPD wird aus dem Schußfeld genommen, um sie nicht als eine der politischen Parteien des Kapitals behandeln zu müssen. So soll der Weg zu einer positiveren Bewertung der SPD gebahnt werden, die der neue Programmentwurf bereits unterschwellig suggeriert. Der Artikel ist darum auch als Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung der teilweise nur angedeuteten und weitgehend unbewiesenen politischen Wertungen des Programmentwurfs zu sehen. Daß diese Rechtfertigung in allen behandelten Bereichen die Politik der SPD verschweigen muß, und sich stattdessen wie eine sozialdemokratische Propagandaschrift gegen die „Wende-Regierung" liest, spricht nicht für die Richtigkeit der neuen Orientierung.

Es ist zu hoffen, daß dieser schleichend vorgenommenen Annäherung an die SPD Kritik aus den Reihen der Partei entgegentritt.

A.S., Gelsenkirchen

Frauen

Es ist wirklich toll, wieviele Reaktionen von Frauen bisher nach dem Bericht über die Frauenkonferenz erfolgten. Ich denke, wir müssen weiter in die Richtung gehen, uns aus dem Nebenwiderspruch, der im Sozialismus gelöst wird, zu lösen und die Frauenfrage viel umfangreicher zu behandeln.

Auf einen Punkt des Leserbriefs der Klassengenossin möchte ich etwas genauer eingehen.

Da es ja nun Tatsache ist, daß die „Frau an sich — schlechthin" nicht nur die „Rolle" in der Produktion und Reproduktion, sondern auch der des Patriarchats unterworfen ist. Das zeigt nicht nur „emanzenhaft", sondern ganz realistisch den doppelten Charakter des Kampfes der Frau für ihre Befreiung. Und da die Männer der Arbeiterklasse ebenso mit dem Problem des Patriarchats zu tun haben (für sie sind es allerdings Vorteile gegenüber der Frau) ist es doch wohl logisch, daß eigentlich sogar beide, Männer und Frauen, Interesse an der Beseitigung haben müßten. Tatsache ist aber, daß sich heute die meisten Männer von „Emanzen", überhaupt der Frauenbewegung, angegriffen fühlen. Klassenkampf gegen das Kapital — okay —, aber auch noch für die Befreiung der Frau aus ihrer doppelten Unterdrückung, nein, das geht zu weit. Denn welcher Mann gibt schon gerne zu, daß das mit dem Patriarchat überhaupt so richtig ist. Und wenn die Frauen das weiterhin behaupten, auch noch dagegen kämpfen, werden sie schnell als kleinbürgerliche spinnerte Emanzen abgetan, die die Klasse der Arbeiter spalten wollen. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Wenn es tatsächlich so wäre, daß die Frauen die gleichen Rechte, bzw. lediglich der gleichen Unterdrückung in diesem Staat wie die Männer ausgesetzt wären, halt als Klassengenossin, würde sich der Unterschied zwischen Mann und Frau tatsächlich auf einen „kleinen" biologischen reduzieren. Schön wär's. Und wenn da doch mehr ist an Unterschied, möchte ich die Frau sehen, die auf die Dauer bereit ist, mit 'ner positiven Veränderung bis zur Revolution zu warten. Und tatsächlich gibt es auch genügend Männer, die sich von Frauen unterdrückt fühlen (Pantoffelhelden, Frauen, die arbeiten wollen und die Arbeitsplätze von Männern beanspruchen, Männer von „Emanzen" usw., usw.) aber auch solche, die sich bemühen, aus ihrer Unterdrücker„rolle" gegenüber der Frau raus zu kommen. Eine Spaltung der Arbeiterklasse sehe ich nur dann, wenn die Männer weiterhin die Augen schließen vor der tatsächlichen doppelten Unterdrückung der Frau und sich gleich in ihrer revolutionären männlichen klassenkämpferischen Rolle angegriffen fühlen, wenn es um Emanzipation geht.

Ich denke, es gibt genügend Beispiele für die doppelte Unterdrückung der Frau, so möchte ich gerne eine mir sehr treffend erscheinende gesellschaftliche, männliche Definition der Frau heute, wie sie gesehen wird geben: Achtung!! Die Rolle der Familie!!

Am meisten zählt die Frau, die 1. verheiratet, Hausfrau und Mutter; 2. verheiratet, berufstätig, Hausfrau und Mutter; 3. verheiratet, Hausfrau; 4. verheiratet, berufstätig, Hausfrau; 5. unverheiratet, berufstätig, Hausfrau und Mutter; 6. unverheiratet, berufstätig, Hausfrau und Mutter; 7. unverheiratet, Hausfrau; 8. unverheiratet, berufstätig Hausfrau. Natürlich bestehen von 8 nach 1 „Aufstiegschancen!

Eine Identifikation der Frau und ihre Bewertung innerhalb der Gesellschaft findet über Mann-Freund-Kinder statt.

Nach Selbstverwirklichung, Anerkennung einer eigenen Persönlichkeit, Selbstbestimmung (ohne Mann oder Kind) fragt kaum jemand.

Soweit erst mal, es gäbe noch viel zu sagen und zu schreiben, aber ich bin guter Hoffnung, daß diese ganzen Fragen und Probleme in der weiteren Auseinandersetzung unter den Frauen und sicher auch den Männern innerhalb und außerhalb der Partei Beachtung finden werden und ihren Niederschlag auch im neuen Programm finden werden.

P.S.: Kennen Sie zum Thema Frauen und Familie die Schriften der Herren Engels (Ursprung der Familie und des Privateigentums) und Bebel (Frau und Sozialismus)? Auch Männer checken etwas über die besondere Unterdrükkung der Frau, nicht nur früher, zum Glück auch heute.

K. aus Kiel

Preis erhöhen

Zu Spenden für den RM, für die Stärkung der KPD fordert ihr seit einiger Zeit wieder im RM auf.

Eure Begründung: die tatsächlichen *Kosten liegen weit über 2 Mark, daß sei* ein Preis, der sich politisch nicht vertreten läßt. Danach weist ihr noch auf die allgemein schwierige Finanzsituation der Partei hin.

Wer den Roten Morgen lesen will, wer ihn für seine politische Arbeit braucht, dem geht es vor allem um den Inhalt. Erst in zweiter Linie zählt der Preis. Zudem läuft der Vertrieb des RM wohl fast ausschließlich übers Abo oder über Genossen, die unsere Zeitung interessierten Menschen in ihrem Arbeits- oder Lebensbereich anbieten. Bei breiterem Straßenverkauf spielte der Preis schon eher eine Rolle.

Um den RM stärker zu verbreiten, muß vor allem der Inhalt besser werden: durch kontinuierliche Mitarbeit von mehr Genossen aus Betrieben und Städten und durch bessere journalistische Arbeit (Trennung von Information und Meinung). Sicher bedarf die inhaltliche Verbesserung des RM einer genaueren Untersuchung, die auch nicht von den derzeitigen Debatten um die programmatischen Aufgaben geführt werden kann.

Nach Rücksprache, auch mit den nicht politisch organisierten Abonenten und Lesern (und das ist dort, wo wir arbeiten die Mehrheit), fordern wir euch auf, ernsthaft über eine Erhöhung des Verkaufspreises auf mindestens 1,50 DM nachzudenken. Das ist politisch sowohl notwendig als auch vertretbar.

Gerade in der schwierigen Situation unserer Partei es ist nicht zu verantworten, das Zentralorgan wesentlich über allgemeine Spendenaufrufe zu finanzieren.

Weil uns revolutionäre Arbeiterpolitik mehr denn je am linken Herzen liegt! Mit revolutionären Grüßen

Betriebszelle Still/Hamburg Juli 1985

P.S.: Zu überlegen wäre, ob durch einen im Vergleich zum Einzelpreis günstigeren Abopreis, bzw. Mehrfachabopreis ein echter Anreiz zum abonnieren geschaffen werden kann?

Frauen und Arbeiterbewegung — drei Beispiele

(Die Beispiele sind beliebig zu vermehren, Anspruch auf „wissenschaftliche Objektivität" und „historische Gerechtigkeit" wird nicht erhoben).

1907: Viktor Adler auf der I. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart (Danksagung an die österreichischen Sozialistinnen, daß sie im Kampf um das Männerwahlrecht der Versuchung, für das Frauenwahlrecht zu kämpfen, ‚mannhaft' widerstanden haben).

Wir in Österreich verdanken den Erfolg des hinter uns liegenden Wahlrechtskampfes in erster Reihe dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe unserer Genossinnen. Sie haben den Kampf mit uns geführt und haben mit uns gesiegt. Aber sie haben mehr getan. Sie haben sich den taktischen Notwendigkeiten dieses Kampfes freiwillig und selbstverständlich gefügt, sie haben das Verdienst, daß sie soviel politisches Verständnis für unsere Lage gehabt haben, daß sie uns den Kampf nicht erschwert, sondern erleichtert haben. Ihre Situation war eine schwere. Die bürgerlichen Frauen haben Meetings für das Frauenwahlrecht in dem Moment abgehalten, wo das Männerwahlrecht noch sehr in Frage stand, und forderten unsere Genossinnen zur Teilnahme auf. Aber unsere Genossinnen waren einsichtig genug, zu sagen: Unser Platz ist an der Seite unserer Männer. Wir haben nur eine gemeinsame politische Sache!

1910: August Bebel, „Darum politische Gleichberechtigung der Frauen"

Der unglückliche Bildungs- und Auffassungsunterschied unter den Geschlechtern, der so vielfach zu Meinungsdifferenzen und Streitigkeiten führt, den Mann mit seinen verschiedenseitigen Pflichten in Zwiespalt setzt und das Gemeinwohl schädigt, wird mehr und mehr ausgeglichen. Statt eines Hemmschuhs wird der Mann in der gleichgesinnten Frau eine Unterstützerin erhalten; sie wird, wenn sie selbst durch Pflichten abgehalten ist, sich zu beteiligen, den Mann anspornen, seine Schuldigkeit zu tun. Sie wird es auch in der Ordnung finden, daß ein Bruchteil des Einkommens für eine Zeitung und für Agitationszwecke ausgegeben wird, weil auch ihr die Zeitung zur Belehrung und Unterhaltung dient und weil sie die Notwendigkeit der Opfer für die Agitation begreift, damit erobert wird, was ihr, dem Manne und ihren Kindern fehlt — ein menschenwürdiges Dasein.

1929: Resolution des ADGB über „Die Arbeit verheirateter Frauen"

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertritt den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und langanhaltender Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen.

Hierbei ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wenn grundsätzlich oder ausschließlich verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zweck dienen.

Eine Kommentierung erübrigt sich, jedenfalls für mich. Aber um Mißverständnisse zu vermeiden, vielleicht folgendes: Es geht uns nicht darum, uns von der Arbeiterbewegung zu distanzieren, genauso wie es ein Unsinn ist, daß für uns die Gesellschaft nicht in Klassen geteilt wäre. Vielleicht wäre die Diskussion fruchtbarer, wenn man/frau einfach mal ernst nehmen würde, daß wir Kommunistinnen sind. Es geht uns allerdings aus guten, aus täglich erfahrbaren Gründen darum, das konservative, ‚bürgerliche' Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Frauenbewegung zu hinterfragen und zu verändern. Dafür kämpfen wir in der Gewerkschaft, dafür kämpfen wir in unserer Partei.

Alle Zitate aus „Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht", Peter Hammer Verlag, Wuppertal.

A. aus W.

„Ob Chile, Südafrika, Türkei, bei jeder Schweinerei sind deutsche Banken mit dabei!“ Bei allen schmutzigen Geschäften, die der westdeutsche Imperialismus macht, die er fördert, wo er mitmischt, weiß man, hängen die großen Banken mit drin. Die Auslandsgeschäfte mit Diktaturen, der Rüstungswahnsinn, die Politikerbestechungen — nichts läuft ohne das große Geld. Daß dies keine neue Erscheinung ist, ist im allgemeinen auch bekannt. Selten aber konnte man die schmutzigen Geschäfte des Großkapitals so konkret nachlesen, wie in einer mittlerweile fast 40 Jahre alten Ermittlungssache von US-Behörden. Es geht um Ermittlungen gegen eines der ältesten und *traditionsreichsten* deutschen Bankhäuser, der **Deutschen Bank.**

Über 500 Seiten Beweise:

Die Nazis und die DEUTSCHE BANK

Das ehrenwerte, 115 Jahre alte Bankhaus DEUTSCHE BANK dachte wohl, es hätte Ruhe. Vor Jahren hatte ein DDR-Historiker ein Buch vorgelegt, das die Verwicklungen der Banker in das Nazi-System beschrieb. Mit großem juristischem Aufwand, dem Nachweis von falschen Details in dem Werk, gelang es der Bank, das Buch zu verbieten. Jahrelang traute sich niemand mehr, diese Verbindungen konkret nachzuweisen. Die Situation hat sich geändert.

Die Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik in Hamburg hat in langer mühseliger Arbeit ein wichtiges Dokument aus den Jahren 1946/47 übersetzt, überprüft, Archive durchstöbert, Quellen erschlossen und jetzt ein brisantes Buch herausgegeben.

„OMGUS-Ermittlungen gegen die DEUTSCHE BANK“. OMGUS steht für *Office of Military Government for Germany, United States Finance Division — Financial Investigation Section:* Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung — Sektion für finanzielle Nachforschungen.

Diese Behörde erstellte einen Bericht zu folgenden Fragen: *Wie war die Deutsche Bank intern aufgebaut, wie stand es um ihre interne Leistungshierarchie? Wie organisierte sie arbeitsteilig ihre politischen Beziehungen zum nazistischen Machtzentrum des „Dritten Reiches“? Mit welchen Methoden kontrollierte sie die Finanzsituationen des Reichsgebiets? Wie war sie mit der Industrie verflochten: wo hatte sie beherrschende Positionen inne und wo nicht? Wie operierte sie im Kontext von Wiederaufrüstung und Kriegsfinanzierung? Welche Rolle spielte sie bei der „Arisierung“ der Wirtschaft, und wo war sie in die Ausbeutung von Zwangsarbeitern verstrickt? Wie entwickelte sich ihr Auslandsgeschäft, und wo waren ihre diesbezüglichen Optionen mit den Annexionsprogrammen des „Dritten Reiches“ verknüpft? Was hat schließlich der „Führungsstab Hamburg“ seit dem Frühjahr 1945 unternommen, um das Überleben der Deutschen Bank zu garantieren?*


Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

D № 082570

Das Kuratorium

Eine Spendenbescheinigung. Der „Verbindungsstab der NSDAP“ bestätigt im Juni 1934 von der Deutschen Bank 160000 Reichsmark erhalten zu haben. Dokument Nr. 301


Immer dabei — früher wie heute: Deutsche-Bank-Boß Hermann Josef Abs. Hier mit Flick jun.

Die letzte Frage ist besonders interessant, denn schon kurz nach dem 8. Mai 1945 war ein führender Mann der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, als Mitglied des im Frühjahr '45 vorsorglich eingerichteten „Führungsstabes“ der Bank zum finanzpolitischen Berater der britischen Militärregierung ernannt worden. Der *„Führungsstab Hamburg“* konnte die alten Leitungsstrukturen der Bank aufrechterhalten und Weisungen an die Hauptfilialen in allen Besatzungszonen erteilen. Mit Unterstützung der britischen Militärregierung etablierten die Ex-Nazi-Bankiers dann auch noch eine *„Reichsbankleitstelle“*, was den US-Militärbehörden dann aber — egal aus welchen Gründen — zu weit ging. Die *„Leitstelle der Deutschen Reichsbank“* wurde bald wieder geschlossen, die leitenden Männer des „Führungsstabs Hamburg“ der Deutschen Bank im Januar 1946 — für nur kurze Zeit — verhaftet.

In dieser Zeit entstand der Bericht. Der erste Teil — im November 1946 erschienen — basiert im wesentlichen auf Verhörergebnissen und wurde im März 1947 durch einen knappen aber brisanten Zusatzbericht ergänzt, der sich vor allem auf Dokumente stützt, die nach der Sicherstellung von Akten der Auslandsabteilung der Deutschen Bank gefunden wurden. Dazu gibt es noch ausführliches Material über die führenden Männer der Bank und ein ausführliches Quellenregister.

Die beiden Berichte kursierten bislang nur in einer unzulänglichen Arbeitsübersetzung in wenigen Exemplaren. Die vollständige Veröffentlichung, die genaue Übersetzung und die Überprüfung sowie der exakte Nachweis aller Quellen sind das verdienstvolle Werk der **Hamburger Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik,** deren engagierter Mitarbeiter Karl Heinz Roth das informative Nachwort schrieb.

Im folgenden drucken wir das gesamte 1. Kapitel des Untersuchungsberichts ab. Es beinhaltete die Empfehlungen der Untersuchungskommission in Sachen Deutsche Bank:

Kapitel I
Empfehlungen
Es wird empfohlen, daß:
1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank vor der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.

Daraus wurde bekannterweise nichts. Aber vielleicht kann die lobenswerte Herausgabe dieser Dokumente dazu beitragen, daß es nicht noch einmal 115 Jahre Deutsche Bank geben wird.



OMGUS Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946•47
Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik, Hamburg.
Sonderband der ANDEREN BIBLIOTHEK, herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, verlegt bei Franz Greno, Nördlingen, 544 Seiten, 25,— DM.
Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30 (25,— DM plus Versandkosten)

SPENDET!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Roter Rebell 9/85 erschienen



***Inhalt:** Power to the People — Keinen Frieden mit der Apartheid/BRD = Entwicklungsland? — Hochbegabt zur neuen Elite / BB — Deutschlands neue Identität? — Bum, bum, bum... / Wehrkundeskandal in Goslar — Auf dem Stundenplan: Rekrutendrill / Pinkeln gefährdet die Allgemeinheit — wenn Mädchen es stehend und öffentlich tun / Zahlen — Jugendarbeitslosigkeit ohne Ende / Und vieles andere mehr.*
Kostenlose Probenummer anfordern bei RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

VORANKÜNDIGUNG
KJD-Seminar Süddeutschland
13. bis 15. September bei Augsburg
Thema: Solidarität mit Nicaragua
Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort
Teilnehmergebühr: 25,— DM
Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474